

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.21 - 63. Jahrgang

26. Oktober 2013

Landesparteitag und Vertreterversammlung

Am 2. November lädt die Berliner SPD ab 9 Uhr zu einer Landesvertreterversammlung und einem Landesparteitag in das Berliner Congress-Centrum BCC am Alexanderplatz.

Die Berliner Kandidatin für die Europawahl Sylvia-Yvonne Kaufmann wird zu Beginn der Landesvertreterversammlung die sozialdemokratischen Perspektiven für Europa erläutern. Zudem steht die Wahl von sieben Delegierten der Berliner SPD zur Bundesdelegiertenkonferenz, die am 26. Januar 2014 in Berlin über die Aufstellung der SPD-Bundesliste zur Europawahl entscheiden wird, auf der Tagesordnung. Die Europawahl findet am 25. Mai 2014 statt.

Im Anschluss an die Vertreterversammlung wird der Landesparteitag eröffnet. Die Konsequenzen aus dem Ergebnis der Bundestagswahl und die Ziele der SPD in den Koalitionsverhandlungen stehen im Mittelpunkt der Reden des Berliner SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß und des Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel.

Das sozialpolitische Diskussionspapier, das in den Kreisen und Abteilungen in den vergangenen Wochen beraten wurde, soll auf Empfehlung der Antragskommission an die vom Landesvorstand eingesetzte Arbeitsgruppe Sozialpolitik zur weiteren Ausarbeitung und Koordinierung der innerparteilichen Diskussion rücküberwiesen werden. Im Frühjahr wird dazu voraussichtlich eine Fachkonferenz stattfinden.

Weitere Parteitagsanträge befassen sich u.a. mit der städtebaulichen Planung im Berliner Zentrum, mit der Haltung zum Volksbegehren des Energiereichs, der Situation von Flüchtlingen in Deutschland und in Berlin und der Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit in der Berliner SPD.

BS □

Regierungsbildung:

Die Mitglieder entscheiden

Parteikonvent bekräftigt SPD-Kernforderungen

Nach der Zustimmung des SPD-Parteikonvents sind am Mittwoch Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD aufgenommen worden. Bis Ende November wollen die Delegationen die Gespräche zum Abschluss bringen. Sollte an ihrem Ende ein Koalitionsvertrag stehen, werden darüber alle SPD-Mitglieder in einer Briefwahl entscheiden.

Der Parteikonvent hatte am Sonntag ein Papier beschlossen, das die aus Sicht der SPD wesentlichen Forderungen für die Koalitionsverhandlungen in 10 Punkten zusammenfasst. „Das Ziel dieser Koalitionsverhandlungen muss eine deutliche Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sein“, heißt es im Beschluss.

Die ursprüngliche Vorstandsvorlage wurde dabei noch an mehreren Stellen ergänzt. So wurde klargestellt, dass die SPD keine Sozialkürzungen zur Finanzierung neuer Aufgaben hinnehmen werde. Die Berliner Delegierten setzten u.a. die Aufnahme des Themas Mieterschutz und eine Präzisierung der



Der Parteikonvent machte den Weg zu Koalitionsverhandlungen frei. Am Ende entscheiden die Mitglieder über die Annahme des Vertrags. Foto: Horb

Aussagen zur Pflege und zum Optionszwang durch.

Der SPD-Parteivorstand hat am Sonntag die Richtlinien für die Abstimmung der 470.000 Mitglieder beschlossen „Dieses Ergebnis entscheidet darüber, ob es Schwarzrot geben wird oder nicht“, stellt der Berliner Landesvorsitzende Jan Stöß klar. „Am Ende bestimmt also jedes einzelne Mitglied, ob es diesen Weg mittragen kann.“

weiter auf S. 2 - Beschluss auf S. 9

Sorge vor Altersarmut wächst

Neue Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen Steigerung

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß sieht in der Rentenpolitik ein wichtiges Thema für die Koalitionsverhandlungen mit der CDU. Gegenüber der Berliner Morgenpost kündigte er an, dass sich die SPD intensiv dafür einsetzen werde, „dass das Sicherungsniveau stabilisiert wird, Menschen nach 45 Jahren Arbeitsleben ohne Abschläge in Rente gehen können und dass die finanzielle Absicherung bei Erwerbsminderung und Berufsunfähigkeit verbessert wird“.

Nach jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes konnten im Jahr 2012 465.000 Deutsche über 65 Jahre von ihrer Rente nicht leben und waren auf Grundsi-

cherung angewiesen, davon lebten allein 35.191 in Berlin. 53 von 1000 Berlinerinnen und Berlinern über 65 Jahren leben auf dem

IN DIESER AUSGABE:

ASYLRECHT ÄNDERN	S. 2
DEBATTE UM WASSERPREISE	S. 8
EUROPA UND DIE ZUWANDERUNG	S. 10
RÜCKBLICK: DIE OKTOBERREVOLUTION	S. 13

Sozialhilfe-Niveau. Die Durchschnittsrente in Berlin liegt derzeit noch bei 756 Euro. Die 27.000 Neu-Rentner im Westteil Berlins, die 2012 erstmals Rente bezogen, bekamen im Schnitt aber nur noch 600 Euro, die 15.000 neuen Rentnerinnen und Rentner im Ostteil erhielten 662 Euro.

BS □

Asylpolitik:

Umdenken erforderlich

Abschaffung der Residenzpflicht gefordert

Veränderungen im Umgang mit Flüchtlingen fordert Berlins Integrationsssenatorin Dilek Kolat. So müsse die Residenzpflicht abgeschafft werden, die die Bewegungsmöglichkeiten der Flüchtlinge einschränkt, und eine Arbeitsaufnahme müsse erleichtert werden.

Am vergangenen Wochenende hatte Dilek Kolat in mehreren Gesprächen gemeinsam mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Rüdiger Veit erreicht, dass die Flüchtlingsgruppe am Brandenburger Tor ihren Hunger- und Durststreik vorerst aussetzt. „Ich freue mich, dass wir die immer lebensgefährlichere Situation einiger Menschen hier beenden konnten“, so die Senatorin.

Veit, Berichterstatter für Flüchtlingsfragen der Fraktion, sicherte den Flüchtlingen zu, sich für Änderungen auch im Rahmen der Koalitionsverhandlungen einzusetzen. Schon im Wahlprogramm hatte die SPD eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik gefordert und die Residenzpflicht abgelehnt. Erleichtert werden soll auch der Zugang zu Sprachkursen oder die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme.



Setzt sich für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik ein: Integrationsssenatorin Dilek Kolat. Foto: SPD Berlin

Deutlich gemacht haben Dilek Kolat und Rüdiger Veit den Flüchtlingen aber auch die rechtlichen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten. Nicht alle Forderungen werden sich erfüllen lassen.

Aus dem Bundesamt für Migration wurde den Flüchtlingen zugesichert, die Anerkennungsverfahren sorgfältig und schnell zu führen, um ihnen weitere Wartezeiten zu ersparen. Zuständig für die Asylbewerber vom Brandenburger Tor wie auch die Gruppe vom Oranienplatz sind Behörden in Bayern und Italien. **BS** □

Die Mitglieder entscheiden

Fortsetzung von Seite 1

Das Mitgliedervotum wird per Briefwahl eingeholt. Um gültig zu sein, ist eine Beteiligung von zwanzig Prozent der Mitglieder notwendig. Das Ergebnis des Mitgliedervotums ist für den Vorstand bindend. Der Parteivorstand wird den Mitgliedern die Koalitionsvereinbarung zur Verfügung stellen und selbst - schon während der laufenden Koalitionsverhandlungen - zu Regionalkonferenzen einladen. Die Berliner SPD wird zusätzlich voraussichtlich mindestens zwei Mitgliederforen organisieren.

Insgesamt 45 Vertreterinnen und Vertreter von CDU, CSU und 31 der SPD führen die Verhandlungen, zwölf Arbeitsgruppen wurden eingerichtet. Vier Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind dabei. „Der Regierende Bürgermeister und Kultursenator Berlins, Klaus Wowereit, wird die Verhandlungsgruppe Kultur leiten“, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. „Das ist nur folgerichtig, denn Berlin steht wie keine andere Stadt in Deutschland für seine Kulturlandschaft. Eva Högl, Vorsitzende der Berliner Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen und Spitzenkandidatin bei der Bundestagswahl

wird in die Hauptgruppe ‚Familien, Frauen und Gleichstellungspolitik‘ gehen und dort eine konsequente Gleichstellungspolitik einfordern. Beide werden Berlin auch in der Großen Verhandlungskommission vertreten. Mit Swen Schulz als langjährigem Abgeordneten und bisherigem stellvertretenden Sprecher der Fraktionsarbeitsgruppe ‚Bildung und Forschung‘ können wir Berliner Expertenwissen in die Verhandlungsgruppe ‚Wissenschaft, Bildung und Forschung‘ einbringen. Björn Böhning, Chef der Senatskanzlei und netzpolitischer Sprecher wird die SPD in der Untergruppe ‚Digitale Agenda‘ vertreten.“

Die große Verhandlungsrunde tagt am 30. Oktober wieder, dann im Willy-Brandt-Haus. Dort wird es um den Themenkomplex Europa gehen. Der bisherige Zeitplan sieht eine abschließende Klausurtagung am 26. und 27. November vor, auf der noch strittige Fragen geklärt werden sollen. Für die Durchführung des Mitgliedervotums wird mit einem Zeitraum von gut zwei Wochen gerechnet. Die SPD, so Andrea Nahles, setze dabei Standards für die innerparteiliche Demokratie in Deutschland. **BS** □

BER:

Technik-Chef muss gehen

Nach Reibereien in der Geschäftsführung der Flughafengesellschaft verliert Technik-Chef Horst Amann seinen Posten und wechselt zu einer Tochtergesellschaft. Amann hatte die Geschäftsführerfunktion im August 2012 übernommen und zunächst eine Bestandsaufnahme der Baumängel vorgenommen, war aber mit ihrer Beseitigung bislang nicht vorangekommen. BER-Chef Hartmut Mehdorn hatte Amanns Ablösung gefordert. **BS** □

Umwelt:

Berlin plant die Energiewende

Ein Energiewendegesetz soll künftig der Aufstellung verbindlicher Klimaschutzziele für Berlin dienen. Bei einem Werkstattgespräch mit Expertinnen und Experten wurde es am Dienstag beraten. Berlin will bis 2050 klimaneutral sein.

„Die Energie- und Klimaschutzpolitik soll dadurch aufgewertet und als Daueraufgabe verankert werden“, so Staatssekretär Christian Gaebler. „Die Koordination der verschiedenen Einzelmaßnahmen soll mit dem Gesetz verbessert und ihre effektive Umsetzung dadurch gesichert werden. Trotzdem erhalten wir uns genügend Flexibilität, um im Laufe der Jahre bei Fehlentwicklungen jederzeit in der Lage zu sein, nachjustieren.“ Energie- und Klimaschutzpolitik wird durch das neue Gesetz als Daueraufgabe verankert und auf eine einheitliche gesetzliche Grundlage gestellt. Ein weiteres Kernelement des Gesetzes soll die Verpflichtung zum Erlass eines integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes sein. Der Entwurf des Berliner Energiewendegesetzes wird jetzt den betroffenen Verbänden zur Stellungnahme übersandt.

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
 Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)
Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Energiepolitik:

Wesentliche Forderungen sind erfüllt

Buchholz zum Energie-Volksbegehren: Im Ziel einig, aber schon auf den Weg gebracht

Am 3. November 2013 werden die Berlinerinnen und Berliner schon wieder an die Wahlurnen gerufen. Bei einem Volksentscheid können sie über den Gesetzentwurf des Energietischs abstimmen, der eine „demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung in Berlin“ verspricht. Was kann der Volksentscheid tatsächlich bewirken und wie steht die SPD dazu?

Nachhilfe beim Thema Rekommunalisierung braucht die Berliner SPD nicht. Die Privatisierungen der 1990er Jahre werden inzwischen klar als Fehler benannt. Seit dem Dahlemer Parteitag 2010 setzt die Berliner SPD auf eine Stärkung der Daseinsvorsorge, wenn es um die langfristig sichere, umweltfreundliche und bezahlbare Versorgung der Berlinerinnen und Berliner geht. Bei der Wasserversorgung wird das mehr als deutlich: Auf Druck der SPD kauft die Stadt noch in diesem Jahr die privaten Anteile der Wasserbetriebe zurück, die dann wieder vollständig dem Land gehören.

Mit den Zielen des Volksentscheids zur Energieversorgung gibt es viele inhaltliche Übereinstimmungen. Auch wir wollen die Energienetze wieder in die öffentliche Hand zurückführen, damit der erwirtschaftete Mehrwert in der Stadt bleibt und keine Monopolgewinne in private Taschen wandern. (Oder gar in andere Länder: Die Vattenfall Stromnetz-Tochter Berlin hat für das letzte Geschäftsjahr genau 147 Millionen Euro Gewinn an die Konzernmutter in Schweden überwiesen!) Aber wir sind schon viel weiter, als es der Gesetzentwurf des Energietischs überhaupt fordert. Berlin bewirbt sich bereits seit April 2012 mit der vollständig landeseigenen „Berlin Energie“ um die auslaufenden Konzessionen für das Strom- und das Gasnetz. Im



Daniel Buchholz ist umwelt- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Foto: SPD

Volksentscheid geht es nur um eine Netzgesellschaft für das Stromnetz - dieser Punkt ist also nicht zu 100%, sondern sogar zu 200% durch praktische Politik des Senats bereits umgesetzt.

Die zweite große Forderung des Volksentscheids ist die Gründung eines landeseigenen Öko-Stadtwerks, das ausschließlich Erneuerbare Energien produzieren und vertreiben soll. Hier wurden wir leider über viele Monate von unserem Koalitionspartner CDU im Abgeordnetenhaus gebremst. Die seit Ende 2012 eingebrachten Anträge mit den gesetzlichen Grundlagen und einer Satzung für das Öko-Stadtwerk schmorten in den Parlamentsausschüssen. Erst mit einem Koalitionsausschuss ist es uns gelungen, die Abstimmung der Anträge im Berliner Abgeordnetenhaus zum 24. Oktober 2013 durchzusetzen. Auch in die-

sem Punkt läuft der Gesetzentwurf des Volksentscheids damit ins Leere.

KONSTRUKTIONSFehler DES ENERGIETISCHS

Allerdings haben wir einen schweren Konstruktionsfehler des Energietischs nicht in unsere Anträge übernommen, den sogar Oppositionsparteien bemängeln. Das Land Berlin soll nach dem Gesetzestext des Volksentscheids zwar vollständig für die Geschäfte des neuen Stadtwerks haften, aber weder der Senat noch das Abgeordnetenhaus erhalten die sonst üblichen Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten. Stattdessen soll ein pseudo-demokratischer, aber letztlich freischwebender Verwaltungsrat eingerichtet werden. Zu allem Überfluss sollen die Bürgervertreter für diesen Verwaltungsrat alle fünf Jahre direkt vom Volk gewählt werden - ein mehr als fragwürdiges Konzept, das sowohl am Desinteresse der WählerInnen als auch an der erdrückenden persönlichen Haftung der Verwaltungsräte (analog zu Aufsichtsräten) scheitern dürfte.

Die Berliner SPD steht für eine neue Energiepolitik, von der sowohl die Berlinerinnen und Berliner als auch die Umwelt profitieren. Wir stehen für eine Rekommunalisierung, die wirtschaftlich funktioniert und langfristig Erträge für das Land bringt. Das neue Öko-Stadtwerk wird mit seinen Aufgaben wachsen und zügig auf landeseigenen Flächen, insbesondere denen der Berliner Stadtgüter in Brandenburg, eigene Solar- und Windkraftanlagen errichten (siehe BS 20 vom 12. Oktober). Das sichert lokale Wertschöpfung in mehrfacher Hinsicht und ist gut für Berlin.

Daniel Buchholz □

Volksbegehren:

Mängel im Gesetzentwurf der Initiative

Torsten Schneider: Zahlreiche Risiken eingebaut - Energietisch weckt falsche Erwartungen

Im November 2012 fanden Gespräche mit den Vorhabenträgern des „Berliner Energietischs“ statt, in deren Folge die Koalition am 5. Dezember 2012 die gesetzliche Gründung eines öffentlichen Stadtwerkes in die Wege leitete, das als Tochter einer Anstalt öffentlichen Rechts 100% ökologischen Strom erzeugen und vertreiben und im Rahmen einer wirtschaftlichen Betriebsführung stromtarifdämpfend sozialpolitisch wirken soll.

Das Gesetzgebungsvorhaben steht un-

mittelbar vor seinem Abschluss. Der „Berliner Energietisch“ lehnte eine Anwendbarkeit des z.B. für die BVG und die BSR geltenden und bewährten Berliner Betriebsgesetzes und der Landshaushaltsordnung und damit eine wirtschaftliche Arbeitsweise des Stadtwerkes ausdrücklich ab und verteidigte seine Ablehnung dieses Koalitionskompromisses im Dezember 2012.

Schon auf den ersten Blick überzeugen die Argumente dieser Ablehnung des Berliner Stadtwerkes durch den „Berliner Energietisch“ nicht:

1. Die Stromnetze können weder durch Gesetz, noch durch Kauf erlangt werden. Zwar erweckt der Gesetzentwurf des „Berliner Energietischs“ in § 1 den gegenteiligen Eindruck, was auch in der Stellungnahme wiederholt wird, indem die Netzgesellschaft in eine Kausalitätsbeziehung zur Rekommunalisierung der Stromnetze gerückt wird. Allerdings räumt auch der „Berliner Energietisch“ in seinen sonstigen Texten ein, dass ein bundesgesetzliches Wettbewerbsverfahren nötig ist, was gera-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

de jüngst wieder gerichtlich bestätigt wurde (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Beschluss vom 22. August 2013 - 1 S 1047/13). An diesem gesetzlichen Verfahren kann sich aber die erst am 3. November 2013 zu gründende Netzgesellschaft des „Berliner Energietisches“ gar nicht mehr beteiligen und soll deshalb, versteckt am Ende in § 12, den bereits existierenden Berliner Verfahrensteilnehmer des Senats im Erfolgsfall schlucken. Diese sog. feindliche Übernahme wäre aber jedem rechtlich möglichen und politisch durchaus gewünschten Kooperationspartner Berlins gegenüber (z.B. andere kommunale Bewerber oder Genossenschaften) eine verfassungswidrige entschädigungslose Enteignung. Weshalb die Berlinerinnen und Berliner eine Netzgesellschaft gründen sollen, die sich gar nicht um die Netze bewerben kann, bleibt Geheimnis des „Berliner Energietisches“.

2. Ausdrücklich wird die vorgesehene öffentliche Gesellschafterkontrolle durch die sog. „Gewährträgersammlung“ kritisiert, obwohl der „Berliner Energietisch“ selbst eine dementsprechende „Gewährträgerhaftung“ (volle Haftung des gesamten Landeshaushaltes), dann aber ohne jede öffentliche Kontrolle, vorsieht.

3. Auch der Energietisch muss wissen, dass Mitarbeiter der bisherigen Netzbetreiber nach Bundesrecht auf etwaige neue Unternehmen übergehen.

4. Die Kritik einer fehlenden Zusage, wie das Stadtwerk finanziell ausgestattet werde, nimmt vor dem Hintergrund jüngster Äußerungen des „Berliner Energietisches“ Wunder. Nun heißt es nämlich beschwichtigend, deren Gegenvorschlag sei gar kein Fass ohne Boden, denn man schreibe dem Abgeordnetenhaus ja schließlich nicht vor, wie das Stadtwerk des „Berliner Energietisches“ finanziell auszustatten sei.

5. Die Kritik an der Energieerzeugung ist besonders erstaunlich: Weshalb ausgerechnet eine von der Koalition (zunächst) vorgeschlagene Errichtung eines Stadtwerkes als Tochter der BSR die Einbeziehung des „Müllheizkraftwerkes Ruhleben“ ausschließen soll, bleibt weiteres Geheimnis des „Berliner Energietisches“; dieses Kraftwerk wird nämlich von der BSR selbst betrieben.

6. Inwieweit der Vorschlag des „Berliner Energietisches“ zu mehr direkter Demokratie führen können soll, ist auch lediglich unzutreffende Behauptung. An keiner Stelle des Entwurfes des Volksentscheides dürfen Bürgerinnen und Bürger Sachentscheidungen treffen; selbst bei erfüllttem Quorum und Abstimmung mit absoluter Mehrheit haben die Bürgerentscheidungen nur beratenden oder empfehlenden Charakter. Es entscheiden immer die Verwaltungsräte, auch über ihre eigene Vergütung und gesellschaftsrechtliche Entla-



Torsten Schneider ist Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Foto: SPD Berlin

stung. Dass gewählte Abgeordnete mit Gesamtverantwortung dem Verwaltungsrat dieses Einzelunternehmens faktisch nicht angehören dürfen, ist eine bundesweit einmalige und verfassungswidrige Regelung, unabhängig davon, ob man Mandatsträger in Aufsichtsräten nun politisch gut oder schlecht findet, wie etwa beim Liegenschaftsfonds oder den Kitaeigenbetrieben.

7. Schließlich wird der Koalition „Gesetzesknappheit“ vorgehalten, was allerdings verschweigt, dass die Landeshaushaltsordnung und das Berliner Betriebsgesetz bereits vorhandene, bewährte und viel umfangreichere und für öffentliche Unternehmen übliche Gesetze sind, als der Gesetzesvorschlag des „Berliner Energietisches“.

8. Die Argumentation des „Berliner Energietisches“ ist so wenig überzeugend, dass inzwischen gar keine Sachargumente mehr vorgebracht werden. Stattdessen ist man dazu übergegangen, pauschal zuzuschreiben. Die Argumente der Parlamentsdebatten werden nicht diskutiert, sondern die gesamte Debatte wird für substanzlos erklärt. Stellungnahmen des Abgeordnetenhaus und Senats unterstellt man pauschal und begründungslos die Unwahrheit. Ein ungünstiges 70-seitiges Rechtsgutachten des Berliner Verfassungsrechtlers und Lehrstuhlinhabers Univ.-Prof. Dr. Helge Sodan wird ohne Argumentation als interessengeleitet abgetan. Zur jüngsten unanfechtbaren Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg, Beschluss vom 22. August 2013 - 1 S 1047/13, nimmt der Berliner Energietisch lieber gar nicht Stellung, heißt es dort doch ausdrücklich: „Das Bürgerbegehren 'Energie- und Wasserversorgung Stuttgart' ist voraussichtlich unzulässig. Sein Ziel, dass die Landeshauptstadt Stuttgart Konzessionen und Netzbetrieb für Strom und Gas spätestens ab Januar 2014 übernimmt, verstößt gegen die gesetzliche Pflicht, ein diskriminie-

rungsfreies und transparentes Auswahlverfahren zur Vergabe der Konzessionen für Stromnetz und Gasnetz durchzuführen. Seine Begründung erweckt zudem den unzutreffenden Eindruck, die Stadt könne mit Übernahme des Stromnetzes maßgeblich beeinflussen, ob in ihrem Gebiet Strom aus Atom- und Kohlekraftwerken bezogen wird.“ Ob das klug ist, so mit dem ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Berlin und allen anderen Kritikern umzuspringen, darf allerdings bezweifelt werden.

ARGUMENTE FÜR EIN FUNKTIONIERENDES STADTWERK

1. Anders als unser Rückkauf beim Wasser oder die Verhinderung von Privatisierungen hat der Volksentscheid des „Berliner Energietisches“ nichts mit Rekommunalisierung zu tun. Der Senat hat bereits zum 1. März 2012 eine Berliner Netzgesellschaft gegründet, die bis zum Fristablauf am 16. April 2012 förmlich öffentliches Interesse an den Netzen bekundete und ihren Eignungsnachweis bis zum Fristablauf am 28. Mai 2013 vorlegte.

Eine weitere Netzgesellschaft zu gründen, die sich am gesetzlich erforderlichen Vergabeverfahren der Netze gar nicht mehr beteiligen kann, dient allenfalls als Werbeträger des Volksbegehrens und ist eine leere Hülle; Bürger sehen es übrigens gar nicht gern, so hinters Licht geführt zu werden.

2. In diesem Vergabeverfahren für die Energienetze kann es bis zur Zuschlagsentscheidung noch zu Kooperationslösungen, etwa mit anderen kommunalen Bewerbern oder Genossenschaften, kommen. Diese Partner können aber nicht einfach durch eine feindliche Übernahme durch den „Berliner Energietisch“ entschädigungslos enteignet werden, so dass der Volksentscheid solche Kooperationslösungen nahezu verunmöglicht.

3. Das Abgeordnetenhaus schlägt in seinem Gesetzgebungsverfahren ein Stadtwerk vor, das bei vergleichbaren energie- und sozialpolitischen Zielen wirtschaftlich arbeiten soll, was Anfangsdefizite nicht ausschließt. Es soll zusammen mit den vollständig rekommunalisierten Wasserbetrieben aussichtsreich tätig werden und stellt eine echte Alternative dar. Allerdings wollen wir kein Fass ohne Boden und deshalb auch ein Stadtwerk mit öffentlicher Kontrolle.

4. Demgegenüber will der „Berliner Energietisch“ ausgerechnet die Landeshaushaltsordnung und das Berliner Betriebsgesetz nicht anwenden, die die wirtschaftliche Arbeitsweise und öffentliche Kontrolle des Stadtwerkes sicherstellen würden.

Üblicherweise werden Kommunen durch Unternehmen wirtschaftlich tätig,

Fortsetzung von Seite 4

deren Haftung beschränkt ist und nicht auf den öffentlichen Gesamthaushalt durchschlägt. Für solche Unternehmen genügen zur Kontrolle der Vorstände Aufsichtsräte. Bei Anstalten öffentlichen Rechts, wie der BSR und der BVG, haftet jedoch der gesamte Berliner Landeshaushalt für Defizite (sog. Gewährträgerhaftung). Deshalb ist rechtlich und erst recht politisch eine korrespondierende besondere öffentliche Gesellschafterkontrolle, die sog. Gewährträgerversammlung, üblich und erforderlich. Die Gewährträgerversammlung hat nach der geltenden Gesetzeslage die Aufgabe, die Satzung zu beschließen, den Aufsichtsrat zu bestellen, die Vergütung und Entlastung des Aufsichtsrates zu beschließen, Betriebsprüfer zu bestellen, Beanstandungen gegen den Aufsichtsrat zu entscheiden, bei der BVG Vorstände zu bestellen und Weisungsrechte. Genau diese öffentliche Versammlung, die vom Berliner Abgeordnetenhaus öffentlich kontrolliert wird, will der „Berliner Energietisch“ aber um jeden Preis verhindern. Und genau das ist der eigentliche Streit, der Rest soll genau davon ablenken. Demgegenüber auf sowieso bestehende Einzelrechte des Abgeordnetenhauses, etwa bei Betriebserweiterungen, hinzuweisen, ist eine ulkige Nebelkerze.

5. Wie aus o.g. Stellungnahme und dem Entwurf des „Berliner Energietisches“ ersichtlich, sollen demgegenüber weitreichende finanzielle Zusagen gemacht werden. Versprochen werden - jeweils ohne Zahlen oder auch nur ansatzweise Bedingungen zu nennen - die „Unterstützung“ der energetischen Gebäudesanierung, die „Förderung“ energiesparender Haushaltsgeräte und die „Bekämpfung“ der Stromarmut z.B. durch Verhinderung von Abschaltungen. So positiv diese Verheißungen im Einzelfall wirken mögen: Betrachtet man dazu, dass zugleich ausgerechnet die Wirtschaftlichkeitserfordernisse der Landeshaushaltsordnung oder des Berliner Betriebsgesetzes abgeschafft und Kontrollen durch Senat und Abgeordnetenhaus und durch faktisch unwählbare Abgeordnete selbst ausgeschlossen werden sollen, ist der Vorschlag klar auf Verlust und öffentliches Risiko ausgerichtet.

DIE OPPOSITION TEILT DIE EINSCHÄTZUNG

Neuerdings muss zu alledem als Entschuldigung erhalten, dass kaufmännische Grundsätze gelten sollen und Sparsamkeit dazu zähle. Sorry, wer wirtschaftlich und öffentlich kontrolliert transparent arbeiten will, kann dann nichts gegen die Geltung von Landeshaushaltsordnung und Betriebsgesetz einzuwenden haben. Bisher hat die versammelte Opposition lediglich hinter vorgehaltener Hand zugegeben, dass

hier verfassungsrechtlich geboten ist, einzuschreiten; wir müssten dies aber abräumen. Weil diese Kritik jedoch so klar und so eindeutig ist, hat sich die Opposition nun sogar öffentlich angeschlossen:

Der ehemalige Wirtschaftssenator und Befürworter des „Berliner Energietisches“ Harald Wolf, Die Linke, sagte am 29. August 2013 im Plenum des Abgeordnetenhauses: „Was ich zugestehe und was in diesem Gesetzentwurf nicht geregelt ist, ist die Frage der Gesellschafterrechte, der Gesellschafterversammlung bzw. der Gewährträgerversammlung. Das ist ein Mangel in diesem Gesetzentwurf [...] er hat eine Regelungslücke, nämlich dass er nicht regelt, wo und wie die Gesellschafterfunktion wahrgenommen wird [...] dann haben wir ein Gesetz, das durch Volksgesetzgebung in

Kraft gesetzt worden ist, wo die Gesellschafterfrage nicht geregelt worden ist. Und deshalb werden wir sie dann regeln müssen.“

Auch die SPD-Fraktion hat den von Wolf vorgeschlagenen Weg, ein etwaiges Volksgesetz sofort durch Parlamentsgesetz zu ändern, diskutiert aber mit breiter Mehrheit als politisch unhaltbar verworfen. Wir haben uns stattdessen entschieden, lieber vorher die Wahrheit zu sagen, statt hinterher zu tricksen.

Unseren Heilungsversuch einer Übernahme des Volksbegehrens als „inhaltlich im Wesentlichen unverändert“ aber mit Einfügung von Parlamentsvorbehalten bei Satzung, Geschäftsstrategie und Kontrolle hat der Koalitionspartner abgelehnt.

Torsten Schneider □



Klaus Wowereit mahnte bei der Enthüllung der Gedenktafel für Johnny K. zu Gewaltlosigkeit



Gedenktafel für den ermordeten Johnny K. Mit einem Handabdruck. Fotos: Stefan Draeger

Deutliche Absage an Gewalt

Eine Gedenktafel erinnert an Johnny K.

„Der Tod von Jonny K. ist eine Mahnung dafür, dass Gewalt niemals ein Weg sein darf“, erklärte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit am ersten Jahrestag des gewaltsamen Todes des damals 20jährigen Berliner Jugendlichen.

Am Alexanderplatz erinnert jetzt eine in den Boden eingelassene Gedenktafel an ihn, bei deren Einweihung Klaus Wowereit dazu aufrief, Konflikte stets mit friedlichen Mitteln auszutragen. „Gewalt ist keine Lösung, sondern Gewalt verschlimmert Konflikte und sorgt immer wieder für unendliches Leid. Auch das ist die Botschaft, die wir mit dem Namen Jonnys verbinden. Wir müssen ganz besonders jungen Menschen immer wieder vermitteln, dass Streitigkeiten und Auseinandersetzung gewaltfrei, mit Argumenten und mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden müssen. Das ist die Basis des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft und in unserer Stadt. Gewalt schafft Angst, Hass und Unfreiheit. Gewalt vergiftet zwischenmenschliche Beziehungen und verhindert Toleranz.“

Wenn es ohne Eigengefährdung möglich sei, müsse gegenüber Gewalttätern Zivilcourage bewiesen werden, so Klaus Wowe-

reit. Oft genüge schon ein Anruf bei der Polizei. „Es ist nicht akzeptabel wegzuschauen und Angriffe, die man beobachtet, einfach zu ignorieren“, sagte der Regierende Bürgermeister.

Wowereit dankte den Angehörigen von Jonny K., seinen Freunden und Schulkameraden und allen, die sich für das Gedenken an den jungen Mann und für die Bekämpfung von Gewalt und Intoleranz eingesetzt haben: „Diese Bemühungen sind unverzichtbar und verdienen alle denkbare Unterstützung.“

„Die SPD-Fraktion Mitte dankt allen Beteiligten und besonders der Bildgießerei Noack, die die Tafel kostenlos gegossen hat,“ sagte Vera Morgenstern, Vorsitzende der AG Geschichte in der BVV Mitte, und SPD-Bezirksverordnete. „Grundsteinlegung und vorbereitende Arbeiten wurden ebenfalls kostenlos von den an Baustellen in der Nähe beteiligten Firmen durchgeführt – auch dafür vielen Dank.“ Bewährt habe sich das erstmals in Anwendung gekommene „systematisierte Antragsverfahren zur Aufstellung von Denkmälern bzw. Gedenktafeln im öffentlichen Raum“. Die Initiatoren, BVV und Ämter hätten Vorbildlich zusammengearbeitet. **PM/BS** □

R2G:

Fremdeln trotz Gemeinsamkeiten

Im taz-Café diskutierte Jan Stöß mit Bernd Riexinger und Christian Ströbele

Zur Diskussion stand die Frage, wie aus einer rechnerischen Mehrheit ein Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen werden kann: Über „Rot-Rot-Grün im Bund?“ diskutierten am Donnerstag voriger Woche im bis auf den letzten Sitz- und Stehplatz gefüllten Kreuzberger taz-Café der Berliner Landesvorsitzende der SPD, Jan Stöß, der Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger, und der grüne Bundestagsabgeordnete Christian Ströbele.

Deutlich wurden Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zwischen den drei Parteien. Was in sozialen Netzwerken mittlerweile sein eigenes Kürzel bekam – „R2G“ – steht nicht erst seit dieser Bundestagswahl zur Diskussion. „Ich habe mich schon früh dafür eingesetzt, die Ausschließertis von linken Machtoptionen zu beenden“, leitete Stöß die Diskussion ein. Diese, so der Landesvorsitzende, dürften allerdings nicht nur ein paar Wochen vor der Wahl diskutiert werden, sondern auch nach einer Wahl. „Um wirklich bis 2017 die Möglichkeit einer Zusammenarbeit im Bund einzuleiten, bedarf es eines kulturellen Wandels auf allen Seiten. Insbesondere müsste die Linke aufhören, sich immer besonders leidenschaftlich an der Sozialdemokratie abzuarbeiten“, so Stöß.



Christian Ströbele, Jan Stöß, Moderatorin Gaby Gottwald und Bernd Riexinger. Foto: Steffen

Der Bundestagsabgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg, Christian Ströbele, sprach von seinem fast schon schlechten Gewissen bei dieser Diskussion, denn „eigentlich haben alle hier heute vertretenen Parteien ihre gesellschaftliche Mehrheit verloren“. Für ihn verlaufen Trennungslinien zur Linken vor allem in der Außen- und Bündnispolitik. Aber auch die SPD kritisierte er: „Es ist der historische Fehler bei der SPD, sich immer wieder im Vorfeld festzulegen.“

Für Bernd Riexinger stand fest, dass nicht die Parteienarithmetik im Mittelpunkt der Gespräche stehen sollte, sondern die Vision eines „scharfen Alternativprogramms zu Angela Merkel“. Er könne sich schlecht vorstellen wie ein „linker

Wechsel ohne die Linkspartei“ funktionieren solle. In Hinblick auf die gemeinsamen Themen im Wahlkampf – z.B. ein flächendeckender und einheitlicher Mindestlohn, ein besseres Rentensystem – sagte er: „Das gibt es nur in Deutschland, dass drei Parteien, die klare Übereinstimmungen haben, nicht miteinander verhandeln.“

Es war an diesem Abend Jan Stöß, der als erster von der Bedeutung eines gemeinsamen rot-rot-grünen Projekts sprach. Dieses, so Stöß, sollte Gemeinsamkeiten an konkreten politischen Handlungsfeldern deutlich machen. Ein solches Projekt anzustoßen und über die kommenden Jahre zum Erfolg zu führen, sei seiner Meinung nach aber eher Aufgabe der 2. und 3. Reihe innerhalb der Parteien unter aktiver Beteiligung der Basis. Riexinger verortet ein solches mögliches Projekt im außerparlamentarischen Bereich und fand zum Schluss eine mögliche Überschrift „Eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung“.

Insgesamt war der Abend geprägt von vielen inhaltlichen Überschneidungen, aber dennoch spürbaren kulturellen Unterschieden. Da war es fast sinnbildlich, dass am Ende Christian Ströbele und Bernd Riexinger sehr schnell verschiedene Wege gingen. Das gemeinsame Glas Wein blieb an diesem Abend zumindest aus.

Josephine Steffen □

Jugendpolitik:

Energischer Anwalt für die Berliner Familien

SPD-Fraktion im Gespräch mit dem Berliner Familienbeirat

Seit 2007 hat das Land Berlin einen Beirat für Familienfragen. Ihm gehören 26 Mitglieder aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens an, auch Abgeordnete aller Fraktionen engagieren sich in dem Gremium. Vorsitzender des Familienbeirats ist der frühere Staatssekretär Thomas Härtel.

Der Familienbeirat berät den Senat in Familienfragen und gibt Impulse für familienpolitische Maßnahmen. Dazu führt er Familienforen in den Bezirken durch, in denen die Beteiligten selbst zu Wort kommen – und ganz konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreiten, die oft das Leben im Kiez betreffen. Da kann der schmutzige Spielplatz genauso zum Thema werden wie die mangelnde Schulwegsicherung. Deshalb wendet sich der Beirat nicht nur an den Senat, sondern auch an die Bezirke. Mit seiner Arbeit hat sich der Familienbeirat als energischer Anwalt für die Berliner Familien erwiesen.



Thomas Härtel, Vorsitzender des Familienbeirats.

Bei einem Treffen mit SPD-Fraktionschef Raed Saleh und dem jugendpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion Björn Eggert mit Thomas Härtel, Kirchenrätin Susanne Kahl-Passoth, AWO Jugendrefentin Maria Lingens und dem Geschäftsführer des Familienbeirats Alexander Nöhring diskutierte man über viele konkrete Anliegen, auch über den Vorstoß der SPD-Fraktion zu einer Kitapflicht. „Wir sind uns in dem Ziel einig, dass alle Kinder zur Kita gehen“, sagte Thomas Härtel.

Zugleich mahnte der Familienbeirat an, neben der Beteiligung aller Kinder müsse es auch mehr familienunterstützende Maßnahmen geben. Es brauche eine gute und qualitative Kitaausstattung für eine bessere Qualität.

Zum Begriff der Pflicht gibt es Kritik – er erinnere zu sehr an die Schulpflicht und es gibt verfassungsrechtliche Bedenken. „Um Begriffe geht es mir nicht, die Überschrift soll nicht vorrangig sein“, antwortete Saleh. Sein Ziel sei, dass sich für die Eltern, die ihre Kinder heute schon zur Kita schicken, nichts ändert. „Ziel muss sein, dass wir die Kinder erreichen, die eine frühkindliche Bildung dringend brauchen“, stellte Björn Eggert fest. „Dazu müssen wir die bestehenden Instrumente anpassen.“ Auch künftig will die SPD-Fraktion mit dem Berliner Familienbeirat im Gespräch bleiben – schließlich hat man noch viel vor. **BS** □

➡ Weitere Informationen: <http://www.familienbeirat-berlin.de/>

Bundestagfraktion:

Stärkere Vertretung

Landesgruppe traf sich zur Klausurtagung

Der neu gewählte Bundestag ist in dieser Woche zur ersten Sitzung zusammengekommen. Schon zuvor hatte sich die Berliner SPD-Landesgruppe zu einer Klausurtagung mit dem SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß getroffen und erste Ziele verabredet.

Berlin wird im Bundestag jetzt durch acht statt bislang fünf Abgeordnete vertreten. Das Gewicht der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten sei gestiegen, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. Es gelte, verstärkt Einfluss zu nehmen. Die SPD Berlin positioniere sich als linker und ostdeutscher Landesverband, so Stöß.

Die fünf neuen Abgeordneten beziehen derzeit ihre neuen Büroräume. Künftig werden jeweils zwei Abgeordnete die Kreise unterstützen, die keine/n Bundestagsabgeordnete/n haben. Charlottenburg-Wilmersdorf wird von Ute Finck-Krämer und Swen Schulz betreut, Lichtenberg von Fritz Felgentreu und Cansel Kiziltepe, Mar-



Die neu gewählte Berliner Landesgruppe.

Fotos: Geisthardt

zahn-Hellersdorf von Eva Högl und Matthias Schmidt sowie Reinickendorf von Klaus Mindrup und Mechthild Rawert. geplant sind zudem wieder regelmäßige gemeinsame Fraktion vor Ort Veranstaltungen, um über die parlamentarischen Aktivitäten zu informieren

PM □

Im Schatten der Macht

SPD Weißensee setzt die Reihe Sozialdemokratie im Film“ fort

Das Jubiläumsjahr der SPD ist auch das Jahr des 100. Geburtstags von Willy Brandt. Die SPD Weißensee setzt daher ihre Reihe „Sozialdemokratie im Film“ mit zwei Terminen im Oktober und November fort, die Willy Brandt gewidmet sind.

Am morgigen Sonntag, dem 27. Oktober 2013 um 11 Uhr ist im Kino Toni der erste Teil der packenden Verfilmung „Im Schatten der Macht“ zu sehen. Der Spielfilm zeichnet die letzten dramatischen 14 Tage

der Kanzlerschaft Willy Brandts nach. Vier Wochen später, am 24. November 2013, wird der zweite Teil des Films gezeigt. Zusätzlich wird ein Filmgespräch, zu dem noch eingeladen wird, daran anknüpfen. □

➔ Sonntag, 27. Oktober 2013, 11 Uhr, Kino Toni am Antonplatz, (Tram M4, M13 bis Antonplatz). Der Eintritt ist frei. Um einen Verzehr im Kino (Getränke, Snacks) wird gebeten. Platzreservierung bitte bei Doodle eintragen: <http://www.doodle.com/m3mp9ydw5mkzqu75>.

NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

Parteiwahlen. Der SPD-Landesvorstand hat einen Zeitplan für die Parteiwahlen verabschiedet. Danach sollen die Neuwahlen der Abteilungsvorstände und der Kreis-Arbeitsgemeinschaften in der zweiten Januarwoche beginnen und bis zum 21. März abgeschlossen sein. Ab Anfang März bis Mitte April werden die Neuwahlen der Kreisvorstände und Landesarbeitsgemeinschaften stattfinden. Der neue Landesvorstand soll auf einem Parteitag am 17. Mai 2014 bestimmt werden, eine Woche vor der Europawahl.

Fachausschuss Soziale Stadt. Über Herausforderungen und Ergebnisse der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik diskutieren die Mitglieder des Fachausschusses

mit Stadtentwicklungssenator Michael Müller am Mittwoch, dem 30. Oktober ab 19 Uhr im Kreisbüro der SPD-Friedrichshain-Kreuzberg im Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin.

AG Migration Reinickendorf. Zu einer Buchvorstellung und Diskussion mit der Autorin Daniela Kaya lädt die AG Migration Reinickendorf am Dienstag, 29. Oktober 2013, um 19.00 Uhr in den Ratskeller Reinickendorf, Eichborndamm 215 – 239, 13437 Berlin. Das Buch „Deutschland neu erfinden – Impulse für die Neuausrichtung sozialdemokratischer Integrationspolitik“ beschreibt Probleme und Chancen der aktuellen Integrationspolitik und der Debatten darüber.

FRAKTION INTERN

Bund lobt Arbeit BER-Aufsichtsratsvorsitzenden. Der Untersuchungsausschuss BER des Berliner Abgeordnetenhauses hat zwei Bundesvertreter im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft FBB als Zeugen eingeladen: den ehemaligen Staatssekretär im Bundesbauministerium Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup und seinen heutigen Amtskollegen, Staatssekretär Rainer Bomba.

Der Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuss, Ole Kreins, sagt: „Die Zeugenvernehmung hat unterstrichen, dass es sich beim Flughafenprojekt in Schönefeld um ein gemeinsames Projekt Berlins und Brandenburgs mit dem Bund handelt“. Die Verantwortung des Bundes wurde bis 2009 kompetent durch den Staatssekretär Daldrup wahrgenommen. Als Experte für Baufragen begleitete er diese Sachverhalte vertieft in der arbeitsteiligen Struktur des Aufsichtsrates. Kreins betont: „Herr Daldrup hat die kritische nachfragende Aufsichtsratsarbeit unter der professionellen Leitung des Regierenden Bürgermeisters Wowereit hervorgehoben, die seiner Ansicht über das Mindestmaß in Aufsichtsräten deutlich hinausging.“ Die Befragung des Staatssekretärs Bomba wurde wegen der Dauer der ersten Zeugenvernehmung vertagt.

Haushaltsberatungen schreiten voran. Die SPD-Fraktion hat in der vergangenen Fraktionssitzung ihren Entwurf für den Haushalt 2014/15 abgestimmt und beschlossen. Alle gemeinsamen Projekte der Koalition sind darin abgebildet. Der Entwurf wird nun mit dem Koalitionspartner CDU verhandelt. Bis Ende September hatten die Fachausschüsse des Abgeordnetenhauses ihre Einzelpläne beraten. Nach den Fachausschüssen führt der Hauptausschuss Einzellesungen zu allen Teilen des Haushalts bis zum 4. Dezember durch. Das Parlament soll am 12. Dezember den Doppelhaushalt beschließen.

Stadtteiltag im Berliner Norden. Der Abgeordnete Torsten Karge lädt am 8. November zu seinem Stadtteiltag Konradshöhe/Tegelort/Heiligensee ein. Das Programm beginnt um 8.00 Uhr mit einem Infostand in der Fußgängerzone Tegel. Alt-Tegel 1, 13509 Berlin. Mehr Informationen unter: www.spdfraktion-berlin.de oder www.facebook.com/spdfraktionberlin.

Publikationen der Fraktion. Informationsmaterialien der Fraktion zu Themen wie Verbraucherschutz, Mieterschutz oder zur Kulturmetropole Berlin stehen auf der Internetseite der SPD-Fraktion zum Download zur Verfügung. In begrenzter Stückzahl können dort auch Druckexemplare bestellt werden: <http://www.spdfraktion-berlin.de/publikationen/>. cs □

Rekommunalisierung:

Wasserpreise senken - Mondzins streichen

Hans Willi Weinzen: Vom Rückkauf der Wasserbetriebe müssen Verbraucher profitieren

Berlins Wasserpreise sind hoch, zu hoch. Eine Ursache besteht in dem Mondzins, der den privaten Miteigentümern bei der teilweisen Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe in der damaligen Haushaltsnotlage zugesichert wurde. Mit dem Rückkauf der letzten privaten Anteile gibt es keine privaten Miteigentümer mehr. Diesen muss dann auch kein Mondzins mehr garantiert werden und aus der Landeskasse muss auch kein Schadenersatz gezahlt werden, wenn der Mondzins auf das betriebsnotwendige Kapital nicht mehr kommt. Es kann daher nicht sein, dass in den Wasserpreis dieser Mondzins weiter eingeht.

Die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe ist kein Selbstzweck, sondern muss den Kunden auch etwas bringen. Statt durch die Entscheidung des Düsseldorf Oberlandesgerichts über die Klage der Wasserbetriebe gegen die Missbrauchsverfügung des Bundeskartellamts im Januar 2014 zur Preissenkung gezwungen zu werden, sollte die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus umgehend eine Novelle zum Berliner Betriebegesetz einbringen, durch die §16 Abs. 5 Satz 3 des Berliner Betriebegesetzes ersatzlos gestrichen wird. Dieser ermöglicht insbesondere den privaten Miteigentümern der Berliner Wasserbetriebe eine zusätzliche Rendite auf ihr Kapital, die über der langjährigen Durchschnittsrendite zehnjähriger Bundesanleihen liegt.

Dieses Sahnehäubchen wurde den wagemutigen Entrepreneuren gleich mit der Teilprivatisierung des natürlichen Monopols zugesichert. Das Gesetz zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe vom 17. Mai 1999 sah vor, dass den Investoren wie auch Berlin ein Zuschlag von zwei Prozentpunkten auf die durchschnittliche Rendite deutscher Bundesanleihen garantiert wird.

Mit dem Urteil des Berliner Landesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 1999 wurden diese Regelung für verfassungswidrig befunden und für nichtig erklärt. Daraufhin wurde rechtzeitig vor der vereinbarten ersten Zinszahlung mit der Fünften Änderungsvereinbarung zum Konsortialvertrag vom 18. Juni 1999 am 24. Oktober 2003 die Mondzinsgarantie für die privaten Miteigentümer anders sichergestellt. Damals noch geheim, ist diese inzwischen veröffentlicht und sogar auf der Homepage der Senatsverwaltung für Finanzen nachzulesen. Die Details stehen auf den Seiten 16 bis 18.

In die Abgeordnetenhaus-Drucksache,



Abgeordnetenhaus: Hier müsste möglichst bald das Betriebegesetz geändert werden. Foto: Horb

mit welcher der Senat daraufhin eine Novelle zum Berliner Betriebegesetz § 3 Absatz 4 einbrachte fügte der Ausschuss für Wirtschaft, Betriebe und Technologie dann mit seiner Dringlichen Beschlussempfehlung vom 08. Dezember 2003 etwas neu ein: „... unter Zugrundelegung langfristiger, mindestens zehnjähriger Durchschnittsrenditen konservativer Anlagen am Kapitalmarkt ...“. Der Hauptausschuss schuf dann in seiner Dringlichen Beschlussempfehlung zwei Tage später den endgültigen Wortlaut. Mit § 30 Punkt 2. des Betriebegesetzes vom 14. Juli 2006 wurde das Teilprivatisierungsgesetz zum 28. Juli 2006 außer Kraft gesetzt und die Regelung in den besagten § 16 Abs. 5 Berliner Betriebegesetz verschoben.

Die vom Senat mit Verordnungen beschlossenen Zinssätze der folgenden Jahre fielen dann so aus: Im Jahre 2005 waren es 6,5 %, 2006 dann 6,9 %, 2007 7,3 %, 2008 dann 7,77 %, 2009 dann 7,69 %, 2010 dann 7,58 %, 2011 dann 7,10 %, 2012 dann 6,9 % und im laufenden Jahr 2013 immer noch 6,5 %.

KONSERVATIV GLEICH SPEKULATIV?

Der unbestimmte Rechtsbegriff der „konservativen Vermögensanlage“ wurde mit Anlagen knapp über junkbond-Niveau gefüllt. Das geht so: Zuerst wird überlegt, wie riskant eine Anlage ist. Bundesanleihen gelten beispielsweise als ganz wenig riskant. Ihr Ausfallrisiko - Anlage geht verloren - wird mit fast Null angegeben. Auf Englisch heißt das dann Prime und in Buchstaben Triple A. Die Bundesanleihen von 2004 hatten beispielsweise laut Berliner Morgenpost vom 25. April 2010 ein Rating von AAA und brachten einen Zinssatz von 4,250 % und eine Rendite von immerhin 1,84 %. Griechenlandanleihen hatten am gleichen Tag ein Rating von BBB+ und brachten einen Zinssatz von 5,900 % und eine Rendite von stolzen 7,74 %. Das war

deutlich mehr als Bundesanleihen. Präzise: Griechenlandanleihen warfen fast sechs Prozentpunkte mehr Rendite ab als Bundesanleihen.

BBB+ heißt auf Englisch Lower Medium grade und wird als Anlage erläutert, die durchschnittlich gut sei, aber bei Verschlechterung der Gesamtwirtschaft mit Problemen rechnen müsse. Diese verbale Darstellung gilt auch für BBB und sogar für BBB-. Alles von AAA bis BBB- heißt auch Investment grade. Investment grade wird mit konservativ einfach gleichgesetzt. Direkt unter BBB- beginnt etwas, was auf Englisch höflich Non Investment grade speculative heißt und als spekulative Anlage erläutert wird, bei der im Falle einer Verschlechterung der Lage mit Ausfällen zu rechnen ist.

Eine marktgläubige Bundesregierung hatte vor der aktuellen Finanzkrise dafür gesorgt, daß nach dem Kreditleitfaden der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen in Verbindung mit § 54 des Versicherungsanlagegesetzes und den §§ 1,2 der Anlageverordnung alles bis BBB- und erläutern dem Rundschreiben als konservative Geldanlage gilt. Als konservativ gelten sogar prozentuale Beimischungen von spekulativen Anlagen. Spekulativ ist dann angeblich auch konservativ. Diese rabulistischen Begriffsverdrehungen sind auch in der gegenwärtigen Finanzkrise von der schwarzgelben Bundesregierung immer noch nicht geändert worden.

ABGEORDNETENHAUSFRAKTION
IST AM ZUG

Die Berlinerinnen und Berliner zahlen hohe Preise für Wasser und Abwasser. Ein wichtiger Grund war die Garantie von Mondzinsen, welche den privaten Miteigentümern hohe Renditen sicherten. Diesem Zweck dient die geltende gesetzliche Regelung zur Verzinsung. Mit vollständiger Rekommunalisierung kann diese Abzocke nun beendet werden. Die vorgeschlagene kleine Streichung hat eine große Wirkung. Die sozialdemokratische Abgeordnetenhausfraktion ist am Zug. Das Berliner Gesetz ist im Interesse der Berliner Verbraucherinnen und Verbraucher umgehend zu kürzen. Eine Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals der Berliner Wasserbetriebe in Höhe des langjährigen Durchschnittes der Verzinsung zehnjähriger Bundesanleihen ist notwendig, aber auch ausreichend. Mit der Ursache des Mondzinses muß auch der Mondzins entfallen.

Dr. Hans Willi Weinzen □

Dokumentation:

Verbesserungen für die Menschen

Im Wortlaut: Der Beschluss des Parteikonvents vom 20. Oktober

Der SPD-Parteikonvent hat am Sonntag die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union beschlossen. Die BERLINER STIMME dokumentiert den Beschluss im Wortlaut.

Die SPD will regieren für ein sozial gerechteres und ein modernes, weltoffenes und freiheitliches Deutschland, das sich seiner internationalen Verantwortung stellt.

Nachdem die Verhandlungsgruppe der SPD nach drei Sondierungsgesprächen mit den Vertreterinnen und Vertretern von CDU und CSU einvernehmlich die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU empfiehlt, stimmt der SPD-Parteikonvent der Aufnahme formeller Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel einer gemeinsamen Regierungsbildung zu.

Das Ziel dieser Koalitionsverhandlungen muss eine deutliche Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sein, denn dafür macht die SPD Politik.

Wir wollen Fortschritte in den Punkten erreichen, für die wir bei der Bundestagswahl angetreten sind. Grundlage für unsere Verhandlungen ist daher das Regierungsprogramm der SPD, wie es auf dem Außerordentlichen Bundesparteitag am 14. April 2013 in Augsburg beschlossen wurde. Für alle dort aufgeführten Themen werden wir in den Verhandlungen streiten.

Wir werden in der Sache hart verhandeln, damit am Ende eine handlungsfähige Regierung steht. Dafür sind auch Kompromisse nötig. Allerdings hält der SPD-Parteikonvent im Lichte der Sondierungen folgende Punkte für unverzichtbar:

1. Wir wollen, dass sich in Deutschland Arbeit wieder für alle lohnt. Wir wollen deshalb gerechte Löhne für gute Arbeit. Dazu zählt u.a. die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde (in Ost und West), die wirksame Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit und sogenannter „Werkverträge“, sowie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen.

2. Wir wollen Altersarmut dauerhaft verhindern. Nach einem langen Arbeitsleben (45 Jahre) muss eine gute Rente ohne Abzüge stehen. Wir wollen die Absicherung erwerbsgeminderter Menschen verbessern. Wir wollen eine Angleichung der Rentensysteme in Ost- und Westdeutschland.

3. Wir wollen umfassende Verbesserungen bei der Pflege erreichen. Wir wollen die Pflegebedürftigkeit besser anerkennen,



Eingang zum Willy-Brandt-Haus. Foto: Horb

um die Situation der Pflegebedürftigen, von Angehörigen und Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu verbessern. Wir wollen zusätzliche Anstrengungen unternehmen um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Um diese Ziele zu erreichen wollen wir den Beitrag zur Pflegeversicherung anheben.

4. Die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen wollen wir verbessern. Dazu wollen wir u.a. den Grundsatz „gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit“ auch zwischen Frauen und Männern durchsetzen. Außerdem wollen wir durch verbindliche Regelungen für mehr Frauen in Führungspositionen sorgen. Moderne Gesellschaftspolitik muss die alten Rollenmuster überwinden und die Vereinbarkeit von familiärer Sorge und Beruf verbessern. Das unterscheidet unseren Weg von dem falschen Pfad, den die Bundesregierung mit dem Betreuungsgeld eingeschlagen hat. Wir wollen auch die Situation von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften verbessern.

5. Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt gehört auch die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer in unserer Gesellschaft. Deutschlands Kinder sollen auch deutsche Staatsbürger bleiben, deshalb wollen wir den Optionszwang abschaffen und Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung ermöglichen. Und wir wollen Verbesserungen für Flüchtlinge erreichen.

6. Wir wollen die Kommunen finanziell stärken und von Kosten sozialer Leistungen nachhaltig entlasten, u.a. durch ein Bundesteilhabegesetz bei der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Zudem wollen wir Verbesserungen beim Mieterschutz und für bezahlbare Mieten erreichen.

7. Zu einer starken Wirtschaft gehört eine starke Infrastruktur. Wir werden zusätzliche Anstrengungen unternehmen, sie zu

erhalten und auszubauen. Privatisierungen halten wir dabei für den falschen Weg. Wir wollen die Energiewende zu einem ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Erfolg führen.

8. Bildung, Ausbildung und Wissenschaft sind für Deutschland im 21. Jahrhundert die wichtigsten Voraussetzungen, um Wohlstand und sozialen Zusammenhalt zu sichern. Sie sind auch entscheidend um den Fachkräftebedarf der Zukunft sicher zu stellen. Wir wollen daher unser Bildungssystem stärken und mehr Chancengleichheit erreichen. Im schulischen und vorschulischen Bereich soll das Bildungssystem so gestaltet werden, dass individuelle Förderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Verstärkte Investitionen in Schulen, Hochschulen und Wissenschaft sollen die Qualität von Bildung, Lehre und Forschung gleichermaßen sichern. Dazu bedarf es neuer Formen der Kooperation für Schulen und Hochschulen im Grundgesetz.

9. Finanzmärkte wollen wir wirksam regulieren. Um die Finanzmärkte an der Bewältigung öffentlicher Aufgaben und der Krisenkosten zu beteiligen, wollen wir eine Finanztransaktionssteuer einführen. Steuerbetrug wollen wir stärker bekämpfen, denn dieses Geld fehlt unserer Gesellschaft für wichtige Aufgaben.

Dazu gehört auch die Beachtung unserer internationalen Verpflichtungen im Bereich Entwicklung und Klimaschutz.

10. Wir wollen Wachstum und Beschäftigung in Europa sichern und stärken. Dies wird nur gelingen, wenn alle Staaten der EU und besonders innerhalb der Eurozone eine nachhaltige Wachstumsstrategie mit einer nachhaltigen Finanzpolitik verbinden. Den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit auf europäischer Ebene werden wir verstärken. Wir wollen die EU handlungsfähiger machen und ihre Strukturen durch Demokratisierung stärken. Wir brauchen in Deutschland und in der EU verbindliche und restriktive Regeln für den Rüstungsexport und neue Initiativen bei der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik.

Ausgehend von unseren Finanzierungsvorschlägen werden wir in den Koalitionsverhandlungen auf einer verlässlichen, soliden und gerechten Finanzierung aller Projekte von Kommunen, Länder, Bund und Sozialkassen in einer künftigen Koalitionsvereinbarung bestehen, um die damit angestrebten Verbesserungen auch tatsächlich zu erreichen. Wir werden keine sozialen Kürzungen akzeptieren.

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Eine starke Demokratie braucht auch eine Opposition. Die SPD will daher der Opposition im Bundestag die Wahrnehmung der Minderheitenrechte ermöglichen.

Der SPD-Parteikonvent beauftragt die noch zu bildende Verhandlungskommission auf der Basis dieser Kernforderungen die Koalitionsverhandlungen aufzunehmen.

Über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen wird ein verbindliches Mitgliedervotum eingeholt, an dem alle Mitglieder beteiligt werden. Für dieses Votum ist eine hohe Beteiligung wichtig. Um dieses Votum ausreichend zu legitimieren, wird in einem bundeseinheitlichen Verfahren abgestimmt. Es wird jedem Mitglied die Möglichkeit gegeben per Briefwahl abzustimmen. Im Vorfeld der Abstimmung wird den Mitgliedern ausreichend Gelegenheit gegeben, den vorgelegten Koalitionsvertrag zu diskutieren, z.B. in vom PV organisierten Regionalkonferenzen. **BS** □

Aus der Bundestagsfraktion:**„Nächste Schritte einleiten“****Swen Schulz: Qualifikationen leichter anerkennen**

Die erste amtliche Datenerhebung zum Anerkennungsgesetz von beruflichen Abschlüssen fällt nach Ansicht des Hochschulpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz ernüchternd aus.

Laut Datenerhebung des Statistischen Bundesamtes sind im Jahr 2012 10.989 Anerkennungsanträge gestellt worden, von denen 7.458 eine vollständige oder eingeschränkte Anerkennung des im Ausland erworbenen beruflichen Abschlusses erhielten. Schulz: „Was auf den ersten Blick gut aussieht, bleibt hinter den Erwartungen zurück. Bei Inkrafttreten des Gesetzes im April 2012 rechnete die damalige Bundesbildungsministerin mit 300.000 Interessenten.“

Dass die große Nachfrage ausgeblieben

sei, liege an der Fehlkonstruktion des Gesetzes, so Schulz.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits im Gesetzgebungsprozess kritisiert, dass der Dschungel an Regelungen und Zuständigkeiten durch das Gesetz nicht ausreichend gelichtet wurde. Außerdem fehlen im Gesetz Bestimmungen über Beratungsansprüche, eine soziale Gebührenregelung sowie notwendige Anpassungsqualifizierungen für diejenigen, die nur eine Teilanerkennung erhalten.

„Das Gesetz war der erste Schritt in die richtige Richtung“, so Swen Schulz. „Die Fakten liegen nun auf dem Tisch und es ist an der Zeit, die nächsten Schritte zu gehen, damit die Betroffenen überhaupt Anträge stellen und im Verfahren erfolgreich beraten und unterstützt werden.“ **PM** □

Eine Frage an Sylvia Yvonne Kaufmann:**Wie sollte Europa künftig mit Flucht und Zuwanderung umgehen?**

Sylvia Yvonne Kaufmann ist Berliner Kandidatin für die Wahlen zum Europäischen Parlament

In ganz Europa schauen die Menschen erschrocken auf die Opfer von Lampedusa, auf Hunderte von ertrunkenen Flüchtlingen im Mittelmeer. Gleichzeitig gewinnen in Europa politische Parteien an Einfluss, die auf Abschottung und Populismus setzen. Was kann das Europäische Parlament in einer solchen Situation leisten?

In den letzten Jahren sind schon zig Tausende Flüchtlinge im Mittelmeer zu Tode gekommen. Von daher macht es mich wütend, dass es erst der jüngsten Tragödie vor Lampedusa „bedurfte“, um in Europa endlich ernsthaft über einen anderen Umgang mit Flüchtlingen zu diskutieren. Viel zu lange ist einfach weg geschaut worden. Viel zu lange ist im Kern eine Politik verfolgt worden, die einseitig auf Abschottung der EU-Außengrenzen und Flüchtlingsabwehr ausgerichtet ist.

Dies hat, da dürfen wir uns m.E. nichts vormachen, auch damit zu tun, dass es in vielen EU-Mitgliedstaaten einen Nährboden für Fremdenfeindlichkeit und alltäglichen Rassismus bis hin in die Mitte der Gesellschaft hinein gibt. Es mangelt an Offen-

heit gegenüber anderen Kulturen oder auch der Einsicht, dass z.B. die Wirtschaftsentwicklung unserer Industrienationen hin zur Konsum- und Überflusgesellschaft auf Kosten der Entwicklungsländer vorangetrieben wurde, und Europa so gesehen für viele Probleme dort mitverantwortlich ist.

Die Zahl der Verzweifelten, die trotz aller Gefahr die ungewisse Reise übers Mittelmeer wagen, in der Hoffnung auf ein Leben jenseits von Hunger und Elend, wird m.E. weiter wachsen, auch aufgrund der katastrophalen Lage in afrikanischen Krisengebieten wie Eritrea, Somalia oder Libyen. Deshalb muss, so kompliziert das auch sein mag, gezielt daran gegangen werden, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu beseitigen. Dabei muss beispielsweise auch die klassische Entwicklungspolitik überdacht werden, um die Lebenssituation der Menschen in ihrer Heimat so erträglich zu machen, dass sie dort bleiben wollen. In den afrikanischen Krisenstaaten versickert die Entwicklungshilfe allzu oft in der Korruption. Aufstrebende Länder hingegen bräuchten vor allem Handelserleichterungen.

Und was die EU-Außengrenzen anbetrifft: Italiens südliche Grenze geht uns alle an - das ist ein Problem aller EU-Mitgliedstaaten. Hier muss eine gemeinsame Lösung gefunden werden, die von humanitärer Verantwortung gegenüber Flüchtlingen ausgeht und von praktischer Solida-

rität zwischen den Mitgliedsländern der EU, wenn es etwa um die Aufnahme von Flüchtlingen in den Mitgliedstaaten geht.

Darüber hinaus brauchen wir dringend eine Reform der Einwanderungsgesetze. Europa muss endlich anerkennen, dass es ein Einwanderungskontinent ist. Deshalb brauchen wir ein legales Einwanderungssystem. Dies könnte dazu beitragen, Menschen davon abzuhalten, sich unmoralischen Schlepperbanden anzuliefern, die aus Hoffnungslosigkeit ein Geschäft machen.

Ob nun Handelsfragen, eine humanitäre Flüchtlings- und Asylpolitik oder Einwanderung - zu all diesen Fragen ist das Europaparlament europäischer Mitgesetzgeber. Es hat also unmittelbaren Einfluss darauf, ob sich die europäische Politik ändert. Voraussetzung ist jedoch, dass zum einen in den Mitgliedstaaten nationalistische und ausländerfeindliche Kräfte zurückgedrängt werden und zum anderen, dass im Straßburger Parlament politische Mehrheiten für eine andere Politik erstritten werden können. Daher brauchen wir auf jeden Fall eine starke sozialdemokratische Fraktion.

Bis zur Europawahl am 25. Mai 2014 veröffentlicht die BERLINER STIMME Fragen an Sylvia-Yvonne Kaufmann zur europäischen Politik. Gerne geben wir auch Ihre Fragen weiter. Schicken Sie sie uns einfach per Mail an berliner.stimme@spd.de oder per Postkarte an Berliner Stimme, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

SPD in Ost-Berlin:

Demonstrativer Besuch im Kreisbüro

1960 besuchte Willy Brandt das Büro in Friedrichshain - Eine Gedenktafel erinnert

Der Viermächtestatus Berlins sorgte bis zum Mauerbau 1961 für eine Besonderheit: Die SPD, die nach der Zwangsvereinigung mit der KPD auf dem Gebiet der DDR nicht mehr weiter bestand, konnte ausgerechnet in Ost-Berlin ihre Arbeit fortsetzen. Eine jetzt eingeweihte Gedenktafel am Haus Krossener Straße 22 in Friedrichshain erinnert an das dort bis 1961 befindliche Kreisbüro von SPD und Arbeiterwohlfahrt und an die Wirkungsstätte Kurt Neubauers, der trotz seines Ost-Berliner Wohnsitzes Berlin im Bundestag vertrat.

Die Initiative für die Gedenktafel ging vom Friedrichshainer Abgeordneten Sven Heinemann aus, zugleich Vorsitzender der örtlichen SPD Abteilung. Gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Jan Stöß und Abgeordnetenhauspräsident Ralf Wieland präsentierte er bei der Einweihung der Tafel das Foto, das Willy Brandt im August 1960 beim Verlassen des Kreisbüros zeigt. „Acht Berliner Ost-SPD-Bezirke gab es bis



Jan Stöß, Sven Heinemann und Ralf Wieland präsentieren das Foto, das Brandts Besuch im SPD-Kreisbüro Friedrichshain am 25. August 1960 dokumentiert.

Foto: Horb

August 1961“, so Jan Stöß. „Über 5000 Genossinnen und Genossen waren es bis zu diesem Zeitpunkt, die trotz Repressalien und Einschüchterungsversuchen ihr Parteibuch nicht beim nächstbesten SED-Kader abgaben, sondern mit Mut und einigem Stolz bis zuletzt Sozialdemokraten blieben.“ Rund 600 von Ihnen beriefen

sich nach 1989/90 auf diese frühere Mitgliedschaft. „Je stärker der Druck auf die GenossInnen wurde, desto mehr nahm die Bedeutung der Kreisbüros und engagierten SozialdemokratInnen zu. Immer stärker wurde man zu einer Solidargemeinschaft und die Büros zur ersten Anlaufstelle“, so Jan Stöß.

U. H. □

Zwischen Keulenriege und Pfeifenclub

Ralf Wieland über Kurt Neubauer und die SPD in Ost- und West-Berlin

Bei der Einweihung der Gedenktafel für das SPD-Büro Friedrichshain erinnerte Abgeordnetenhauspräsident Ralf Wieland an das Wirken Kurt Neubauers in der Berliner SPD. Die Berliner Stimme dokumentiert Auszüge aus seiner Rede.

Ein ganz normaler Hochsommertag ist der 25. August 1960. Willy Brandt - zu diesem Zeitpunkt Regierender Bürgermeister von Berlin (West) und Landesvorsitzender der Berliner SPD - besucht an diesem Tag das Kreisbüro der Friedrichshainer SPD am Boxhagener Platz.

Er will einerseits dem Bundestagsabgeordneten Kurt Neubauer, der Vorsitzender der SPD-Friedrichshain ist, einen Besuch abstatten. Und er will mit diesem Besuch zeigen, dass die SPD auch im sowjetischen Sektor präsent ist. Willy Brandt, der mit seiner Dienstlimousine anreist - ein schwarzer Mercedes - wird sofort von den Menschen auf der Straße erkannt. Sie bleiben stehen. Fast ehrfürchtig bilden sie eine Gasse, durch die Willy Brandt zum Abschied geht, um zu seinem Wagen zu gelangen.

Szenenwechsel: Ein Sonderzug rollt durch die Nacht. Es ist der Sonderzug des Kanzlerkandidaten der SPD Willy Brandt, der auf Wahlkampftour durch Deutsch-

land ist. Mit im Zug: Der Berliner - genauer gesagt: der Ostberliner - Bundestagsabgeordnete Kurt Neubauer. Es ist die Nacht vom 12. August 1961 auf den 13. August. Der Zug befindet sich in Niedersachsen. Nachts wird Willy Brandt geweckt. Ein Telegramm unterrichtet den Regierenden Bürgermeister darüber, dass der sowjetische Sektor Berlins mit Stacheldraht abgetrennt wird. Es ist der Anfang der Teilung Berlins. Brandt entscheidet sofort, dass er nach Berlin zurückkehrt. Alle Wahlkampfaktivitäten werden abgesagt. Fassungslosigkeit macht sich bemerkbar. Berlin steht eine neue Bedrohung bevor.

Zwischen dem Besuch Willy Brandts hier in Friedrichshain und dem Beginn des Mauerbaus liegt gerade mal ein Jahr. Doch mit einem Mal sieht die Welt verändert aus. War die Situation schon schwierig genug im Beieinander der Berliner Zonen zwischen Ost und West - so wirkte sie nun aussichtslos. Berlin war geteilt. Und damit wurden auch die Menschen in Berlin voneinander getrennt. Ganze Familien wurden zerrissen. Verzweigung machte sich breit. Wut und Ärger überfiel die Menschen.

Auch das Leben von Kurt Neubauer änderte sich schlagartig. Er blieb in West-Berlin. Sein Bundestagsmandat behielt er. Was er aber verlor, war seine politische Heimat

Berlin-Friedrichshain und es war sein privates Zuhause in diesem Bezirk. Und dennoch muss ich sagen: Kurt Neubauer hatte großes Glück im Unglück. Der Mauerbau trennte nicht die Familie. So weilten Kurt Neubauers Frau und der Sohn am Wochenende in der Familienlaube in Heiligensee. Das liegt bekanntlich im Westen, in Reinickendorf.

Für lange Zeit sollte Kurt Neubauer von nun an den Bezirk Friedrichshain nicht wiedersehen. Der gesamten Familie blieb die Einreise in die DDR und nach Ost-Berlin untersagt. Sie wurde verweigert. Erst 1971 war es Kurt Neubauer möglich, seinen Heimatbezirk als Tourist zu besuchen. Die Besuchsregelungen zwischen der DDR und der Bundesregierung unter Kanzler Brandt machten dies möglich. Der Bau der Berliner Mauer ließ von nun an die politische Biografie Kurt Neubauers in zwei Teile zerfallen - in einen östlichen vor dem Mauerbau und in einen westlichen nach dem Mauerbau. Der rote Faden, die Klammer blieb aber für den Politiker Kurt Neubauer gleich: das war seine Berliner SPD. Ihr gehörte er bis zu seinem Tod im Dezember letzten Jahres an. Durchgängig seit Mai 1946.

Und war seine politische Heimat in Ost-Berlin der Arbeiterbezirk Friedrichshain, so

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

wurde es später im Westteil der Stadt der Wedding. Seinem politischen Milieu blieb Kurt Neubauer also treu: Er verstand sich als Politiker der Arbeiter und kleinen Leute - hüben wie drüben. Bei diesen Menschen fühlte er sich wohl, für diese Menschen war er politisch aktiv - aus Leidenschaft.

Die Sprechstunden, die Kurt Neubauer in seinem Abgeordnetenhaus-Wahlkreis im nördlichen Wedding abhielt, waren durchaus legendär. Wenn er sich in einer Weddinger Eckkneipe ankündigte, dann war der Laden gerammelt voll. Kurt Neubauer, den alle „Kutte“ nannten, ließ dann die Leute reden. Das war Prinzip.

Sie sollten sich ihren Frust von der Seele nehmen. Und am Ende hielt dann Kurt Neubauer seine Rede, die schon deshalb immer gut ankam, weil er die Sprache des einfachen Mannes beherrschte. Er war, wenn man so will, deren Stimme. Und das machte ihn ausgesprochen populär. Er hatte die Gabe, dem „Volk auf's Maul zu schauen“, wie es so schön heißt. Das kam an.

Im September 1947 wurde er mit 25 Jahren zum Vorsitzenden der SPD-Friedrichshain gewählt. Das war eine große Herausforderung für einen so jungen Sozialdemokraten. Denn die SPD war ja nur noch eine „Rumpf-SPD“ nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im Osten Berlins. Fünfhundert Mitglieder blieben der SPD in Friedrichshain treu. Knapp 2.200 gingen zur SED. Darunter fast der gesamte Kreisvorstand. Diesen Aderlass galt es mit neuerlichem politischen Schwung auszugleichen. Dabei standen die Chancen wahrlich nicht schlecht: Denn bei den ersten freien Gesamtberliner Wahlen im Oktober 1946 errang die SPD stadtweit mit 48,7 Prozent ein fulminantes Wahlergebnis. Und in Friedrichshain kam die SPD immerhin auf 46,1 Prozent.

Ein erstaunlich tolles Ergebnis, wenn man bedenkt, dass die SPD in Ost-Berlin mit dem Rücken zur Wand stand. Und so kann es auch nicht überraschen, dass die SPD-Friedrichshain einen erneuten Mitgliederansturm erlebte. 1947 waren bereits wieder über 1.600 Menschen Mitglied bei der SPD.

Es bleibt das Verdienst von Kurt Neubauer, die SPD wieder sehr schnell in den Betrieben zu verankern zu haben - hier waren die Betriebsgruppen extrem wichtig.

Durch die Wahl des Berliner Abgeordnetenhaus 1952 zog er als Nachrücker in den Deutschen Bundestag in Bonn ein. Übrigens als damals jüngster Abgeordneter mit 30 Jahren. Aber es entstand ebenso ein deutschlandpolitisches Kuriosum mit seiner Wahl in den Deutschen Bundestag. Kurt Neubauer hatte seinen Wohnsitz in Friedrichshain, also im sowjetischen Sektor Berlins, der von der DDR als Hauptstadt vereinnahmt wurde. Er saß aber im west-



Die Berliner Stimme berichtete 1960 über Schikanen gegen das Friedrichshainer SPD-Büro. Foto: Horb

deutschen Parlament. Das war rechtlich nicht zu beanstanden, politisch war es aber eine ungemene Provokation für die DDR und die SED.

Diese wurde sogar noch einmal überhöht, als auch Margarete Heise 1953, die SPD-Vorsitzende im Bezirk Weissensee, für die SPD in den Bundestag entsandt wurde. Ich habe den Eindruck, dass sich Kurt Neubauer in der Rolle des Provokateurs gefiel. Es brachte ihm jedenfalls ein größeres Medieninteresse ein. Aber ebenso die Gegnerschaft der Stasi.

Innerparteilich gesehen waren die fünfziger Jahre gekennzeichnet durch Grabenkämpfe in der SPD. Der Neumann-Flügel verharrte politisch bei der Haltung, die Westbindung nicht über die Wiedervereinigung zu stellen.

Und organisatorisch dachte Franz Neumann die Partei als Funktionärspartei. Ganz anders Willy Brandt, der nach Reuters Tod 1953 zum Gegenspieler von Neumann wurde. Brandt war überzeugt davon, dass die Westbindung für die Sicherheit Berlins unabdingbar war. Und bezogen auf die Parteiausrichtung sah Brandt die Zukunft der SPD als moderne Mitglieder- und Volkspartei. Es gelang Willy Brandt Kurt Neubauer im Laufe der fünfziger Jahre auf seine Seite zu ziehen. Dazu mag ihre gemeinsame Bonner Zeit als Berliner Bundestagsabgeordnete beigetragen haben.

Aber es war wohl auch eine gehörige Portion Machtinstinkt dabei, die Kurt Neubauer veranlasste, die sogenannte „Keulenerie“ von Franz Neumann zu verlassen und seine Zukunft eher im Umfeld von Willy Brandt und im sogenannten „Pfeifenklub“ zu sehen. Und so wurde Kurt Neubauer neben Klaus Schütz einer der wichtigsten Mitstreiter von Willy Brandt im Kampf um den Vorsitz der Berliner SPD. 1958 wählte dann ein außerordentlicher Parteitag Willy Brandt mit deutlicher Mehrheit zum SPD-Landeschef. Die Ära Franz Neumann war zu Ende.

Willy Brandt besuchte die Ostkreise der

Berliner SPD regelmäßig, schon in der Zeit als Stellvertretender Landesvorsitzender. Das hatte Willy Brandt eine Menge Sympathie bei den Ostberliner SPD-Genossen eingebracht. Es war auch ganz sicher dieser strategische Zug, der Parteifreunden wie Kurt Neubauer imponierte und für ihn vereinnahmte.

Willy Brandt blieb dieser Linie auch als Landesvorsitzender und Regierender Bürgermeister treu. Doch nach dem Mauerbau war alles anders: Die SPD war gezwungen, ihre Präsenz im Osten Berlins aufzugeben. Die Abschottung des sowjetischen Sektors bedeutete das Aus für die dortige SPD.

Klaus Schütz wie auch Kurt Neubauer blieben wichtige Stützen für Willy Brandts Wahlkampf um die Kanzlerschaft, die er erstmals für die SPD 1961 anstrebte. Doch die Bundestagswahl ging für die SPD verloren. Willy Brandt konnte sich auf den nächsten Wahlkampf konzentrieren - den Berliner Abgeordnetenhaus-Wahlkampf von 1963.

Der Bau der Berliner Mauer, Willy Brandts Politik der ruhigen Hand und das überhöhte Sicherheitsgefühl der Berlinerinnen und Berliner im Westteil Berlins bescherten Willy Brandt und der SPD dann einen grandiosen Wahlsieg. Knapp 62 Prozent der Wählerinnen und Wähler im Westen Berlins votierten für die SPD.

Willy Brandt hielt nun den Zeitpunkt für gekommen, Kurt Neubauer von Bonn nach Berlin zu holen. Im März 1963 wurde er Senator für Jugend und Sport. Das löste allerdings nicht nur Freude aus.

Anders als sein Vorgänger Heinrich Albertz war Klaus Schütz klug genug, Kurt Neubauer besser im Senat einzubinden und ihn mit mehr Machtfülle auszustatten. Er machte ihn zum Bürgermeister, also zu seinem Stellvertreter. Als Bürgermeister und Innensenator verfügte Kurt Neubauer nun über großen Einfluss auf die Regierungsarbeit des Senats.

Auch in der eigenen Partei wurde die Kritik an Kurt Neubauer lauter. Die wieder zunehmenden Flügelkämpfe taten ihr Übriges, um sogenannte offene Rechnungen zu begleichen. Schon längst zielten seit Mitte der siebziger Jahre die Angriffe auch auf den Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz ab. Doch bevor dieser dann am 2. Mai 1977 aufgab, war zunächst Kurt Neubauer durch eigene Unbedachtheit ins Visier der öffentlichen Kritik und der innerparteilichen Gegner geraten: Nicht rechtzeitig an die Landeskasse abgeführte Aufsichtsratsantienemen führten am 28. April 1977 zum Rücktritt von Kurt Neubauer als Innensenator. Kurt Neubauer blieb bis 1979, dem Ende der Legislaturperiode, Abgeordneter im Berliner Parlament. Dann zog er sich aus dem politischen Tagesgeschäft zurück. □

Von Lenins Revolution zu Stalin (I)

Siegfried Heimann: Urteile der deutschen Arbeiterbewegung zur Oktoberrevolution

Schon früh hat es in der deutschen Arbeiterbewegung heftige Auseinandersetzungen über die Bewertung der russischen Oktoberrevolution gegeben. Die Debatten zeigten die Trennlinie zum demokratischen Sozialismus auf. Die Berliner Stimme veröffentlicht den Beitrag von Siegfried Heimann, Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD, leicht gekürzt in zwei Teilen. Seine These: „Wer Stalin sagt, muss auch Lenin sagen, wer von stalinistischen Verbrechen spricht, muss auch von der Oktoberrevolution reden.“

Die Urteile deutscher Sozialdemokraten über die Oktoberrevolution waren mitbestimmt von der Haltung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber Russland und der russischen Arbeiterbewegung schon lange vor der Jahrhundertwende. Deutsche Sozialdemokraten - von Bebel bis Bernstein - sahen in Russland vor allem den despotischen Zarismus. Sie betrachteten die russische Arbeiterbewegung mit Wohlwollen und die verfolgten russischen Sozialdemokraten erfuhren solidarische Unterstützung nicht nur mit Worten, sondern auch durch Taten. Gelder, Zeitungen und Bücher wurden nach Russland geschmuggelt, nicht zuletzt wurde 1902 Lenins Schrift „Was tun“ im Dietz-Verlag auf russisch gedruckt und nach Russland gebracht. Aber letztlich war das alles weit weg. Die Spaltung der russischen Sozialdemokratie 1903 wurde in Deutschland erst spät registriert und bald auch von den, Bewunderung auslösenden, Nachrichten über die russische Revolution im Jahre 1905 überlagert.

ROSA LUXEMBURGS KRITIK AM BOLSCHEWISMUS

Die erste, die genauer und kritischer über die russischen Verhältnisse und besonders über die Parteientwicklung in Russland informierte, war Rosa Luxemburg. Ihr berühmter Artikel „Über Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ aus der Iskra war im Sommer 1903 von Kautsky in der „Neuen Zeit“ nachgedruckt worden (und übrigens nicht von ungefähr erst 1963 von dem gerade aus der SPD ausgetretenen Professor Ossip Flechtheim wieder herausgegeben worden). Sie sah in der von Lenin geschaffenen Organisation „eine mechanische Übertragung der Organisationsprinzipien der blanquistischen Bewegung von Verschwörerzirkeln auf die sozialdemokratische Bewegung der Arbeitermassen“, die aus der besonderen russischen Situation erklärlich, aber keineswegs ein Vorbild für eine revolutionäre Arbeiterpartei sein kön-



Standbild aus dem Stummfilm Oktober von Sergej Eisenstein: Der Sturm auf das Winterpalais

Quelle: Wikimedia

ne. Diese - wie Peter Lösche dazu schrieb - „schärfste, weitsichtigste und fundierteste Kritik am Bolschewismus ... bis zum Ausbruch der Oktoberrevolution“ blieb allerdings in der deutschen Sozialdemokratie ohne großen Einfluss. Auch Kautsky, der nur anfänglich im Konflikt mit Lenin vermitteln wollte, ließ sich im Urteil über die Bolschewiki eher von der Kritik der Menschismus vorwarfen. Ein Vorwurf, der dann 1918 von Sozialdemokraten noch weniger begründet wiederholt werden sollte.

Die Nachrichten über die Revolution 1905 in Russland aber ließen allen Streit in der russischen Arbeiterbewegung als „Emigrantengezänk“ erscheinen. Sympathiekundgebungen fanden statt und über eine halbe Million Mark wurde gesammelt. Führende Sozialdemokraten waren sich zwar nicht einig, wie der Charakter der russischen Revolution einzuschätzen sei, aber die Verteilung der gesammelten Gelder dokumentiert, dass man sich letztlich aus dem Streit doch heraushalten wollte: die Bolschewiki erhielten wie die Menschewiki 22,5%, der jüdische Bund und die polnisch-litauischen und die lettischen Sozialdemokraten den Rest. Lediglich in den „Sozialistischen Monatsheften“ und im „Correspondenzblatt“ der Gewerkschaften fiel die Distanzierung von den revolutionären Ereignissen in Russland schon 1905 eindeutig aus.

Im Frühjahr 1917 war aber auch diese Distanz zunächst vergessen. Die Nachricht von der russischen Februarrevolution war diesmal auch in Deutschland sofort zur Kenntnis genommen worden und alle der inzwischen zahlreicher gewordenen Fraktionen der deutschen Arbeiterbewegung knüpften daran die unterschiedlichsten positiven Erwartungen. Der Parteiaus-schuss der Mehrheitssozialdemokratie begrüßte im Mai 1917 mit „leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Re-

volution und das durch ihn entfachte Wiederaufleben der internationalen Friedensbestrebungen“.

Eine Partei in der russischen Revolution - die Partei der Bolschewiki - trat besonders für den Frieden ein. Nach der Veröffentlichung der Leninschen Aprilthesen, in denen „die sofortige Beendigung des Krieges“ gefordert worden war, wurde die Partei der Bolschewiki für die MSPD wie für die USPD zur eigentlichen „Friedenspartei“, die durch ihr Eintreten - damals noch - für die verfassungsgebende Nationalversammlung sogar als Garant eines demokratischen Parlamentarismus in Russland galt.

REVOLUTION UND FRIEDENSSCHLUSS

Die wohlwollende Beurteilung der Politik der Bolschewiki durch die deutschen Sozialdemokraten aller Schattierungen änderte sich auch nach dem 7. November 1917 zunächst nicht. Die mehrheitssozialdemokratische und die unabhängige Presse berichtete über die Machtübernahme der Bolschewiki vor allem unter dem Aspekt des nun möglich scheinenden Friedens im Osten. Die Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung in Petersburg im Februar 1918 irritierte zwar einige Kommentatoren, die immer wieder aufgenommenen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk aber schienen wichtiger zu sein. „Frieden ohne Annexionen“ war auch für die Mehrheit der Sozialdemokraten die Parole und der den Bolschewiki schließlich aufgeherrschte Gewaltfrieden wurde deshalb auch - mit Ausnahme einiger weniger Stimmen - einhellig verurteilt.

Vorbehalte kamen dagegen aus den Reihen des Spartakusbundes. Karl Liebknecht - im Gefängnis sitzend - fürchtete im Dezember 1917, dass aus den Bolschewiki „russische Friedensopportunisten und Demagogen“ geworden seien. Er sah ja wie auch andere Spartakusmitglieder in der Oktoberrevolution vor allem die erstmals gelungene politische Machtergreifung einer sozialistischen Partei und er erhoffte sich davon das Signal für weitere Revolutionen in Mitteleuropa (sprich: Deutschland) und in Westeuropa. In den Friedensverhandlungen sah er daher eine Gefahr für ein revolutionäres Europa, das ja erst die Garantie auch für den Erfolg der Oktoberrevolution auch in Russland sein könne. Auch die Haltung der deutschen Anarchisten war auch nicht eindeutig:

➡ Nächste Ausgabe: Kautskys Kritik, der Terror als Prinzip oder die Freiheit des anders Denkenden

„Wir hatten noch vieles vor“

Joachim Fiebelkorn mit 62 Jahren verstorben

Am 5. Oktober ist der Schöneberger Sozialdemokrat Joachim Fiebelkorn unerwartet im Alter von 62 Jahren verstorben. „Wir hatten noch vieles gemeinsam vor“, heißt es in einer Traueranzeige seiner Freunde.

Der Stadtteilverein Schöneberg e.V. und die SPD Tempelhof-Schöneberg verlieren einen engagierten Mitstreiter und Partner in der inhaltlichen Arbeit, einen fachkundigen und solidarischen Kollegen, einen lernbegierigen und offenen Lehrer und Leiter multikultureller Gruppen, einen Freund mit Lebensfreude und Humor.

Als Betreuer in Beschäftigungsprojekten, als Kursleiter, als Mitglied im Arbeitskreis Annedore und Julius Leber, als Mitglied im bezirklichen Jugendhilfeausschuss, als Mitglied in Arbeitskreisen des Vereins und bei

der Entwicklung neuer Projekte brachte er Erfahrung, Sachkunde, Arbeitsfreude, und Ideen ein und verband stets den politischen Blick mit Zuversicht und Interesse an anderen Menschen. Mit großem Engagement setzte er sich für die Schaffung des Gedenkortes für Annedore und Julius Leber in der Torgauer Straße ein.

Trauerfeier und Urnenbeisetzung sind am Freitag, dem 8. November 2013 um 13 Uhr auf dem Alten St.-Matthäus-Kirchhof, Großgörschenstr. 12 in Berlin-Schöneberg. Die Familie bittet anstelle von Blumen oder Kränzen um eine Spende auf das Konto des Stadtteilvereins Schöneberg e.V., Stichwort: „Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber / Joachim Fiebelkorn“, Kontonummer 3112700 bei der Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 10020500. **BS** □

Stellenausschreibung

Die SPD Fraktion der BVV Pankow sucht zum 01. Dezember 2013 eine/n Fraktionsmitarbeiter/in mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 20 Stunden, befristet bis zum Ende der VII. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses.

Die Aufgabenbereiche umfassen u.a. die Organisation des Fraktionsbüros, die Vor- und Nachbereitung von Sitzungen, den Internetauftritt oder die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Erwartet werden u.a. Flexibilität, Belastbarkeit, Zuverlässigkeit und Loyalität, PC-Kenntnisse, Kenntnisse über die politische Landschaft. Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht. Bewerbungen sind bis zum 10. November 2013 mit den üblichen Unterlagen zu richten an: SPD Fraktion BVV Pankow von Berlin, Fröbelstraße 17, 10405 Berlin oder per E-Mail an: spd-fraktion-pankow@berlin.de

➡ Mehr: www.spd-berlin.de/jobs

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T TERMINE

- 26.10.2013, 11:00 - 12:00, **Swen Schulz, MdB - Spandau auf „Kümmertour“**, Kümmerstand auf dem Markt Spandau, Carl-Schurz-Straße 2-6, 13597 Berlin
- 27.10.2013, 11:00, SPD Weißensee, **Sozialdemokratie im Film: „Im Schatten der Macht“**, Kino Toni, Antonplatz, 13086 Berlin (s. S. 7)
- 28.10.2013, 19:00, Tom Schreiber, MdB | Fachausschuss Inneres, **Die Situation der Berliner Polizei**. Referentin ist Frau Margarete Koppers, Vizepräsidentin der Polizei in Berlin. Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 388, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 29.10.2013, 19:00, AG Migration und Vielfalt - Reinickendorf, **Deutschland neu erfinden – Impulse für die Neuausrichtung sozialdemokratischer Integrationspolitik - Buchvorstellung und Diskussion**, mit Autorin Daniela Kaya, Ratskeller Reinickendorf, Eichbornsdamm 215 - 239, 13437 Berlin
- 30.10.2013, 18:00, Torsten Schneider, MdB | Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, **Menschliches Miteinander und Nichtdiskriminierung konkret – die Integration von Roma in Europa und Berlin**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 31.10.2013, 19:00, SPD Reinickendorf - Abt. Hermsdorf, **Energiewende / Volksentscheid 3.11.2013** Die SPD Reinickendorf lädt ein, um zu diskutieren welche notwendigen Schritte im Zuge der Berliner Energiewende getan werden sollen. Als Referenten konnten Stefan Taschner vom Energietisch Berlin und Daniel Buchholz, Mitglied des Abgeordnetenhauses, gewonnen werden. Ratskeller Reinickendorf, Eichbornsdamm 215 - 239, 13437 Berlin
- 31.10.2013, 19:30, ASF Charlottenburg-Wilmersdorf, **Die Bürgerversicherung**, mit Thomas Isenberg, MdB, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, SPD Bürgerbüro, Goethestraße 15, 10623 Berlin
- 31.10.2013, 15:00 - 18:00, Swen Schulz, MdB - Spandau, **Bürgersprechstunde**, SPD Bürgerbüro, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin. Eine Anmeldung unter Tel. 36757090 ist erforderlich.
31. 10.2013, 15:00 Fachausschuss Umwelt, **Berliner Stromnetztour u.a. mit Besichtigung der Netzbetriebsleitstelle**, Dauer ca. 2,5 - 3 h. Treffpunkt: Stromnetz Berlin GmbH, Bissingzeile 8, 10785 Berlin. Begrenzte Platzzahl, Anmeldung erforderlich unter murach517@aol.com oder 0173 49 0 65 27
- 02.11.2013, 09:00, **SPD Berlin, Landesparteitag / Landesvertreterversammlung**, Berliner Congress Centrum (BCC), Alexanderstr. 11, 10178 Berlin. Auf der Tagesordnung der Landesvertreterversammlung steht u.a. die Wahl der Delegierten für die Bundesdelegiertenkonferenz zur Europawahl, die am 16. November in Leipzig geplant ist.
- 05.11.2013, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **Abteilungs-**

ordinierung, Vinothek Lichterfelde, Lorenzstraße 57 a, 12209 Berlin

■ 06.11.2013, 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Demokratisierung Europas** mit Sylvia-Yvonne Kaufmann, Friedenszentrum Dahlem, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ 06.11.2013, 16:00 - 17:00 Dr. Ina Czyborra, MdB, Steglitz-Zehlendorf Dahlem, Krumme Lanke, **Sprechstunde**, AWO Kreisbüro, Mörchinger Str. 116, 14163 Berlin. Anmeldung bitte unter Tel. 2325 2273 oder unter ina.czyborra@spd.parlament-berlin.de

■ 07.11.2013, 15:00 - 18:00 Swen Schulz, MdB - Spandau, **Bürgersprechstunde**, SPD Bürgerbüro, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin. Eine Anmeldung unter Tel. 36757090 ist erforderlich.

■ 07.11.2013, 18:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **„Unterwegs im Lichterfelder Kiez“**, SPD-Stammtisch mit Gesprächen nicht nur über Politik. Gaststätte „Bahnhofs-Wirtschaft“, Jungfernstieg 4 b, 12209 Berlin

■ 09.11.2013, 10:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **„Im Gespräch mit den Menschen“**, Informationsstand am Kranoldmarkt, Kranoldplatz, 12209 Berlin

■ 09.11.2013, 14:00, AG Migration und Vielfalt - Charlottenburg-Wilmersdorf, **Besuch einer russisch-orthodoxen Kathedrale**, Hohenzollerndamm 166, 10713 Berlin

■ 10.11.2013, 14:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **geführte Wanderung über das Gelände des ehemaligen US-Militärgeländes „Parks Range“ in Lichterfelde Süd**, US-Militärgeländes „Parks Range“, 12209 Berlin. Anmeldung erforderlich: H.Fabig@gmx.net

■ 12.11.2013, 19 Uhr, SPD Neukölln, Abt. Hufeisensiedlung, **Themenabend „Recht auf Arbeit“**, Vortrag und Diskussion mit Jörg Neumann (Physiker, Mitglied in SPD und IG Metall), Seniorenfreizeitstätte „Bruno Taut“, Fritz-Reuter-Allee 50 (zwischen U Blaschkoallee und U Parchimer Allee)

■ 12.11.2013, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **Kommunalpolitik aktuell in Lichterfelde und in Steglitz-Zehlendorf**, Reinhold-Voht-Haus - Soziale Dienste, Osdorfer Straße 121, 12207 Berlin

■ 14.11.2013, 17:00, AG Migration und Vielfalt - Steglitz-Zehlendorf, **Asylsuchende und Flüchtlinge in Steglitz-Zehlendorf**, DRK „Haus der Familie“, Düppelstraße 36, 12163 Berlin

■ 15.11.2013, 11:00 - 12:00, Brigitte Lange, MdB - Reinickendorf - Märkisches Viertel / Lübars, **Sprechstunde**, SPD Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin. Bitte vorab Termin vereinbaren unter: Telefon: 030/40 91 48 89 oder mail an buero@brigitte-lange.de

■ 17.11.2013, 15:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **Kommunalpolitik aktuell in Lichterfelde und in Steglitz-Zehlendorf**, Schwartzsche Villa, Grunewaldstraße 55, 12165 Berlin. Anmeldungen: GuentherSchulzeBerlin@gmx.de

■ **Aktuelle** Termine unter www.spd-berlin.de/termine

Carlo Levi und das Italien von heute

Im Rahmen der Ausstellung „Carlo Levi in Berlin“ lädt das August Bebel Institut zu einer Reihe von Veranstaltungen. Anmeldungen erbeten unter 4692-121/122 oder per Mail unter anmeldung@august-bebel-institut.de. Die nächsten Termine:

Mo 28. Oktober bis Fr 15. November 2013; Ausstellung in Kooperation mit der Stiftung Carlo Levi Matera, der Region Basilicata, der Federazione Italiana Lavoratori Emigrati e Famiglie (Verein italienischer Arbeitsemigranten, FILEF) Lucania und der Arbeitsgemeinschaft PD Carlo Levi Berlin, Galerie, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14-18 Uhr

So 27. Oktober, 16-18 Uhr. »Christus kam nur bis Eboli« Film, Musik, Diskussion. Verfilmung von Carlo Levis gleichnamigem Roman über einen Turiner Arzt, der 1935/36 von der faschistischen Regierung in ein abgelegenes, süditalienisches Dorf verbannt wird. Eine Veranstaltung des Kino Babylon mit: Pietro Simonetti (Zentrum für Emigration »Nino Calice«) und Alessandro Vena am Klavier. Ort: Kino Babylon, Rosa-Luxemburg-Str. 30, 10178 Berlin.

Mo 28. Oktober, 18-20 Uhr. »Doppelte Nacht der Linden – Reise nach Deutschland« – Lesung. Das wenig bekannte Buch Carlo Levis schildert Impressionen und Reflexionen, die er im Dezember 1958 auf einer Reise durch den Westen Deutschlands anlässlich einer Vortragsreise entwickelt hat. Er stößt auf ein Deutschland, das seine unheilvolle Vergangenheit verdrängt und das sich einer oberflächlichen Normalisierung des Wiederaufbaus hingibt, und beobachtet eine seltsame Zerrissenheit und Leere im Herzen Europas. Mit: Guido Priests (Stiftung Carlo Levi), Mimmo Calbi (Verlagsgenossenschaft Basilicata). Moderation: Gianfranco Ceccanei und Günter Freier (AG PD Carlo Levi Berlin). Galerie, Müllerstraße 163, 13353 Berlin.

Fr 15. November, 18-21 Uhr. Quo vadis Italia? Welche politische Zukunft hat Italien? Diskussion und Finissage der Ausstellung »Carlo Levi in Berlin«. Italien war in den 1980er Jahren ein Land mit einer breiten kapitalismuskritischen Opposition. Viele deutsche Linke bezogen sich positiv auf Italien. Diese Zeiten sind vorbei. Die aktuelle politische Situation Italiens ist desaströs: Die Zahl der Arbeitslosen und Armen steigt, die Jugend hat zu wenig Perspektiven und wählt erneut die Migration. Die politische Moral ist nach 19 Jahren Berlusconi am Boden. Referenten: Guido Ambrosino, Journalist und Autor, Stefano Vastano, Deutschlandkorrespondent L'Espresso. Moderation: Marcus Otto (Historiker). Galerie, Müllerstraße 163, 13353 Berlin.

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Verschwundene Schätze

Auf den Spuren der Charlottenburger Kunstsammlung

Das Museum Charlottenburg-Wilmersdorf begibt sich in einer Sonderausstellung vom morgigen Sonntag an auf eine Spurensuche in die eigene Vergangenheit. Geschildert wird die Erforschung der Kunstsammlung Charlottenburg 1908-1945 in ihrem historischen Kontext. Zu sehen sind Gemälde, Grafiken und Plastiken, die in der Villa Oppenheim bislang noch nicht zu sehen waren. Die Sonderausstellung ist in die bisherige Präsentation der Kunstsammlung im Obergeschoss des Museums integriert.

Im Kabinett werden verschollene Kunstwerke durch historische Abbildungen sichtbar gemacht und die Verlust- und Provenienzforschung anhand von Dokumenten vorgestellt. Die Kunstsammlung Charlottenburg geht auf die 1908 gegründete Deputation für Kunstzwecke der Stadt Charlottenburg und auf das mäzenatische Engagement einzelner Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auf die Stiftung der Privatsammlung von Antonie und Hugo Raussendorff zurück. Die Entstehung der Sammlung ist eng mit dem Aufschwung Charlottenburgs und der künstlerischen Moderne des Berliner Westens verbunden. Vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs umfasste sie zirka 450 Werke. Die Sammlung wurde durch Fliegerangriffe, Auslagerung und Nachkriegswirren zerstört und verstreut. Sie geriet in Vergessenheit, und manche Kunstwerke, die nachweislich den zweiten Weltkrieg überstanden haben, gingen in den folgenden Jahrzehnten verloren.

In den vergangenen Jahren wurde die Sammlung in ihrem historischen Kontext erforscht. Untersuchungen der Rückseiten von Gemälden geben Aufschluss über die Tätigkeit der Kunstdeputation. Ein Inventarverzeichnis aus den Jahren 1933 bis 1945



Max Krajewsky (1892-1972): Salon des Antonie und Hugo Raussendorff-Stifts in Charlottenburg, 1936
© Michael Neumann

erweitert die Kenntnis über die Sammlung aus der Zeit des Nationalsozialismus. Eine historische Fotodokumentation des Berliner Fotografen Max Krajewsky mit Aufnahmen aus dem Antonie und Hugo Raussendorff-Stift in Westend von 1936 liefert die Nachweise für vermisste Werke. Die Sonderausstellung vermittelt einen Einblick in die Suche nach verschollenen Kunstwerken und in die Recherche über Werke mit ungeklärter Herkunft. Anhand einzelner Beispiele wird die Spurensuche erläutert.

➡ Die Ausstellung „Spurensuche. Die Kunstsammlung Charlottenburg 1908-1945“ wird am Sonntag, 27. Oktober 2013, um 11 Uhr, im Museum Charlottenburg-Wilmersdorf/ Villa Oppenheim, Schloßstraße 55, 14059 Berlin, eröffnet. Sie ist bis zum 30. März 2014 zu sehen. Die Öffnungszeiten sind Di bis Fr 10-17 Uhr, Sa und So 11-17 Uhr. Der Eintritt ist frei.

➡ Publikation „Sammlerstücke“. Der Berliner Kunstsammler Hugo Raussendorff (1832-1908) und die Charlottenburger Kunstdeputation. Hrsg. v. Elke von der Lieth, Berlin 2008 (mit Beilage 2013), ISBN 978-3-00-024479-7, 18,50 Euro

KULTURTIPPS

Gropiusstadt fragmental. 2003 erhielt der Fotokünstler Hitch anlässlich des 40jährigen Jubiläums der Gropiusstadt durch das Kulturamt Neukölln den Auftrag, die architektonischen Besonderheiten dieser Großsiedlung künstlerisch für eine Ausstellung zu dokumentieren. Zehn Jahre später erstellte er im Auftrag des Bezirksamts Neukölln von Berlin, Abt. Bildung, Schule, Kultur und Sport, Fachbereich Kultur eine weitere Photoserie, in der er die seitdem entstandenen Veränderungen festgehalten hat. Die Ausstellung in der Galerie im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, am gestrigen Freitagabend eröffnet. zeigt bis zum 4. Januar 2014 eine Auswahl der Farb- und S/W-Photoarbeiten mit architektonischen Ansichten der Gropiusstadt, die von Hitch 2003 und 2013 analog aufgenommenen wurden. Sie zeigt auch die städtebaulichen Veränderungen als Anpassung an die zeitgemäßen Wohnansprüche ihrer Bewohner. **PM** □

➡ „Gropiusstadt Fragmental - neu beleuchtet“, Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Bat-Yam-Platz 1, 12353 Berlin (U 7 Lipschitzallee, Bus 373). Öffnungszeiten: dienstags bis samstags von 10 - 20 Uhr

Europa finden. Am 1. November eröffnet im Berliner Kunstraum Kreuzberg / Bethanien die Ausstellung In Search of Europe? (ISOE). Sie ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit von sechs Wissenschaftlern des Zentrum Moderner Orient in Berlin mit sechs Künstler/innen, die zumeist aus den Ländern des jeweiligen Forschungsschwerpunktes kommen. Die Arbeiten gehen aus vielfältigen Perspektiven der Frage nach, inwiefern Europa heute noch ein Maßstab ist, an dem sich Menschen in anderen Teilen der Welt messen. **PM** □

➡ Mariannenplatz 2, 10997 Berlin, 2. November 2013 bis 12. Januar 2014 (geschl. am 24., 25., 31.12.2013 und am 1.1.2014). Eröffnung: Freitag, 1. November ab 19 Uhr